

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Er scheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren

beträgt für die sechsheftige Kolon-
 zelle oder deren Raum 20 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 19. März 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Das Anwachsen der Revolution in Russland.

Aus Russland wird uns geschrieben:

Während der letzten Monate ist die oppositionelle Bewegung aus den Hochschulen auf die Straße gedrungen und wir sehen dieselben Ereignisse anheben, wie im Frühjahr des vorigen Jahres. Die Kritik, die in den Protestversammlungen an den heuchlerischen Versprechungen des Kultusministers geübt wurde, hat Ausflarung in die weitesten Kreise getragen. Den von den verschiedenen Organisationen herausgegebenen Flugchriften, der regen literarischen und agitatorischen Arbeit der studentischen Vertrauenskomitees, sowie der energischen Teilnahme der organisierten Arbeiter ist es zu danken, daß die Schachzüge der Regierung ausgedeckt und ihre wahren Absichten ans Licht gezogen worden sind.

Es schien sehr fraglich, ob der dreijährige, mit so viel Opfern verbundene Kampf wieder mit frischer Kraft aufgenommen werden könnte, ob sich die gelichteten Reihen der Streiter durch neuen Auftrieb verstärken würden. Als kurz vor Weihnachten die Regierung ihren letzten Beschwichigungsversuch, die „zeitweiligen Regeln“, die den Zweck hatten, die Jugend durch einige Bettelbrosen zu ködern, unternahm, da hörte man manchen Zweifel, ob es der Konsequenzen, alle Kompromisse ablehnenden Opposition gelingen werde, auch fortan sich die führende Stellung zu erhalten. Wird es, so fragte man sich, unter den jetzigen Umständen der Regierung nicht leicht gelingen, der Bewegung einmal wieder auf lange Jahre den Garauß zu machen, wird diese Politik, in der sich Beschwichigungsversuche mit Brutalitäten paaren, nicht wieder einmal Erfolge erzielen und die Reichhofschuße herbeiführen?

Mit bangen Gefühlen stand man diesen Fragen gegenüber; die Lösung ließ jedoch nicht lange auf sich warten. Am 11. und 12. Dezember fanden in den Hauptstraßen Charkows, wie ich früher mitgeteilt habe, größere Demonstrationen statt, welche die Regierung zwingen, das Verprechen betreffs der Legalisierung der studentischen Organisationen einzulösen. Das, was aber noch vor ein oder zwei Jahren auf die Bewegung hätte beruhigend einwirken können, das blieb jetzt ohne die geringste Wirkung. Die „Zeitweiligen Regeln“ über die Organisation der Studierenden erweckten keineswegs das Vertrauen, welches die Regierung wünschte, sondern brachten nur vermehrte Erregung. Die Studentenschaft sieht in ihnen mit Recht nur neue Fallstricke. „Wir wissen, daß die „zeitweiligen Regeln“ in der Universitätsbehörde keine Verbesserung gebracht haben, heißt es in einer Proklamation des Rizewer Centralkomitees der vereinigten Organisationen. Wir bleiben bei der Ansicht, daß ein normaler Gang des Universitätslebens nur bei einer vollständigen Autonomie der Hochschule möglich ist. Das unter polizeiliche Aufsicht gestellte Organisationsrecht ist nichts anderes als verbollkommnete Spiegelfelch.“ Die Regierung spekuliert auf ihre politische Unerschrockenheit — heißt es in einer über das ganze Jarenreich verbreiteten Flugchrift; wir können es nicht zulassen, daß der Stein der Regierung als unser Brot gelten soll. Wir gehen in den Kampf gegen die List der Regierung, die in unsre kameradschaftliche Mitte Demoralisation und Desorganisation bringen will. Wir geben auf keine Kompromisse ein. Die drei Jahre des Kampfes haben uns gelehrt. Es ist uns klar geworden, daß wir unser Recht nur im unauflösbaren Streit erringen werden.“ Das Resultat der „Reform“ ist also, daß man sich überall vor ihr befreut. Das in der Petersburger Universität bereits gewählte Komitee der Anwälte ist wieder zurückgetreten. Das Technologische Institut in Petersburg hat mit 1000 Stimmen Mehrheit die Regierungsreform abgelehnt, das Elektrotechnische und das Institut des Forstwesens fast einstimmig. Auf einer Versammlung der Petersburger Universitätsbesucher am 18. Februar fand sie die schärfste Kritik und endgültige Ablehnung mit 1008 Stimmen gegen 5.

Die gleiche Haltung nimmt auch das Lehrpersonal ein. Das Professorenkollegium des Rizewer Polytechnikums hat die Zurückweisung der trügerischen Reform in einer besonderen Rundschreiben an die Regierung begründet. Das Pädagogische Personal der Petersburger Universität, darunter Professoren wie Chrofon, Borckmann, Baron Rosen, Braun, Grimm, Sakanow und andre bezeichneten die Reform auch für die Professoren als unannehmbar, weil ihnen durch dieselbe „polizeiliche Pflichten“ auferlegt werden und weil sie in sich keine polizeikommissarischen Talente verspüren. Weiter wies dieses Kollegium die Regierung darauf hin, daß „die Studentenunruhen“ nicht nur aus Universitätsfragen erwachsen sind, sondern auch aus allgemeinen Umständen, die durch keine Aenderung in dem Statut der Universitäten beseitigt werden können. Das Kollegium schloß sein Antwortschreiben an die Regierung auf die Zulassung des neuen Organisationsstatuts mit dem Worte des berühmten russischen Chirurgen Pirogow, daß die Hochschule Russlands den empfindsamsten Barometer des geistigen Zustandes der russischen Gesellschaft bilden. Dieser Pirogow hat bereits Anfang der 60er Jahre den Gedanken ausgesprochen, der jetzt in der Bewegung zum Durchbruch gekommen ist und der die „Studentenunruhen“ zu einer alle oppositiven Volksschichten umfassenden regierungsfreundlichen Bewegung gestaltet, den Gedanken, den er als Antwort auf die Anpreisung der englischen Universitätsautonomie als besten Verabfolgungsmittels aussprach: „Sie vergessen, daß in England außerdem auch die Habeas corpus-Acto (Emanation der persönlichen Freiheit) existiert.“ Der Gedanke, daß an eine Freiheit der Wissenschaft so lange nicht zu denken ist, als das ganze despotische Regime bestehen bleibt, hat in der letzten Zeit in der Bewegung die Oberhand gewonnen. Dies ist das Resultat der langen studentischen Kämpfe; man begann als reine Akademikerbewegung, dann kam man der politischen Arbeiterbewegung stets näher und nach längeren Schwankungen ist jetzt eine auf Umwandlung

des ganzen bestehenden Systems hinwirkende Opposition entstanden. Das sind die Früchte, die die Regierung durch ihre verbrecherische Politik gezeitigt hat.

Die Teilnehmer der Bewegung wollen auch diesen ihren Charakter gar nicht verheimlichen. Und mehr noch: Sie proklamieren offen den gewaltsamen Widerstand gegen die brutalen Kofalentshaken der Regierung, denen sie nicht länger mit leeren Händen gegenüberstehen wollen. Die russische Intelligenz und die russischen Arbeiter sehen keinen andren Ausweg mehr als die Waffe! Ende Dezember wurde bekanntlich die „verstärkte Uebervachung“ fast auf das ganze europäische Russland ausgedehnt und damit die Bevölkerung vollständig der Polizeiwilkr überliefert. In Zetaterinoslaw und am 15. Februar in Rizew kam es infolge dessen zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei. Nach der Säuberung der Universitätsräume am 22. Februar in Moskau wurden dort Schlägeisen, Messer, Eisenstäbe, Revolver gefunden, die darauf hinwiesen, daß die Studenten an ernsthaftere Verteidigung gedacht hatten. Auch bei den auf der Straße verhafteten Arbeitern, Beamten, Kerkern und Personen verschiedener anderer Berufe sind Waffen gefunden worden. In den Parteiblättern verschiedener Richtungen wird die Frage erwogen, durch welche Mittel den polizeilichen und militärischen Wüterichen auf den Straßen am erfolgreichsten entgegenzutreten sei. Es sind Vorschläge von Militärpersonen, die mit der Bewegung sympathisieren, über die Verwendung von Stacheldraht gemacht worden und die Organisationen sind ernstlich an die Lösung der Frage getreten, wie man sich auf der Straße vor den Gewaltthätigkeiten der zarischen Treiber schützen kann.

Die Regierung hat die Sache der Revolution in den letzten drei Jahren ungemein gefördert. Auf Schritt und Tritt kam ihre Verschärftung offen zu Tage. Sie hat kaum noch einen Ausweg, die schwellende Flut wäscht ihr über den Kopf. Wir könnten hier Dutzende von Belegen hierfür anführen. Wie es heißt, will die Regierung zur Massenexpedition nach Ost-Sibirien ihre Zustucht nehmen, doch ist es nicht zu bezweifeln, daß sie, wie es mit dem Kasernierungsbefehl war, auch auf diese Maßregel Verzicht zu leisten gezwungen sein wird.

Zimmer sicherer bildet sich in Russland die Ansicht aus, daß das russische Leben noch niemals eine so kraftvolle Opposition gehabt hat wie jetzt, der gegenüber die Regierung kein wirklich rettendes Mittel findet.

Im Anschluß an die obige Darstellung unfres russischen Freundes geben wir folgende telegraphische Nachrichten, die jene Darstellung der gegenwärtigen Lage in Russland durchaus bestätigen:

Demonstration in Petersburg.
 Petersburg, 17. März. Gestern mittag sonderten sich aus der Menge des auf dem Newski-Prospekt spazierengehenden Publikums eine Anzahl Personen aus, die unter Geheiß Flaggen entfalteten und bei der katholischen Kirche **Strasenfundgebühren** zu veranlassen versuchten. Die Flaggenträger wurden sofort verhaftet und der Aufruf wurde zerstreut. Im ganzen wurden etwa **100 Verhaftungen** vorgenommen.

Absperrung gegen Westeuropa.
 Petersburg, 17. März. Es verlautet, daß die **Gebühren für Reisepässe ins Ausland** für russische Staatsangehörige von **15 Rubel auf 300 Rubel**, für aus Russland nach dem Ausland reisende Ausländer entsprechend von 5 Rubel auf 100 Rubel erhöht werden sollen. Der Gesetzentwurf liegt bereits dem Reichsrat zur Verhandlung vor.

Dieser Regierungsplan mag auch durch die finanzielle Bedrängnis der Staatskasse hervorgerufen worden sein, doch in erster Linie entspringt er der Absicht, die unbemittelte Jugend vom Studium an ausländischen Universitäten zu hindern, wo sie Ideen aufnehmen, die dem zarischen Despotismus unbequem sind.

Widerstand in der Armee.
 „Bureau Laffan“ meldet aus Petersburg:
 Fast täglich laufen aus verschiedenen Teilen des Landes bewundernswürdige Meldungen ein. Wie aus guter Quelle berichtet wird, haben in Tula **Soldaten**, denen befohlen wurde, auf streulende Arbeiter zu feuern, offen den Gehorsam verweigert. Als ein Offizier versuchte, die Ausführung seiner Befehle zu erzwingen, gingen sie zu thätlicher Reuterei über und schlugen einen Unteroffizier nieder.

Die „Leipziger Volkszeitung“ erhält folgendes Telegramm:
 In **Moskau sind 21 Offiziere verhaftet** worden, weil sie sich **geweigert** haben, den Soldaten die Order mitzuteilen, daß sie bei der ersten nächsten Gelegenheit auf die demonstrierenden Arbeiter und Studenten werden schießen müssen.

Es ist gelungen, einen Kongreß der studentischen Organisationen von ganz Russland abzuhalten, der weitläufige Beschlüsse betreffend die Bewegung gefaßt hat. Die Weigerung der Offiziere, auf das Volk schießen zu lassen, steht im Zusammenhang mit einem Manifest an die russischen Offiziere, das von den revolutionären Komitees ausgeht. Dieses Manifest, das uns mitgeteilt wird, schließt mit folgenden Worten:

„Nieder mit der Regierung und der Hofgesellschaft! Tödet nicht eure Brüder und Schwestern!... Wir glauben an Euch. Wir glauben, daß eure Herzen nicht dem Formalismus ergeben sind, daß eure Ehlichkeit dem Offiziers-Standesabermut nicht gewichen ist! Auf Wiedersehen! Wir in den ersten Reihen der Protestierenden, Ihr in den ersten Reihen der Heere, die gegen

uns entsandt werden, — aber nicht zum Austausch von Schlägen, nicht zum Bruderkampf, sondern zum brüderlichen Händedruck und dem gemeinsamen Auf: Nieder mit der Hofclique! Nieder mit dem reaktionären Ministerium! Hoch das **Russland des Volkes!**“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. März.

Das Abgeordnetenhaus

hat am Montagabend und am Dienstag die Kapitel vom Kultusetat, Kunst und Wissenschaft, Technisches, Unterrichts- wesen sowie Kultus und Unterricht gemeinsam zu Ende beraten und ist hierauf in die Beratung des Kapitels Medizinalwesen getreten. Hierbei besprachen mehrere Redner die Wirkung des Gesetzes betr. die Dienststellung des Kreisarztes vom Jahre 1899 und baten die Medizinalverwaltung um Beseitigung gewisser dadurch entstandener Härten, besonders bei den Pensionierungsverhältnissen der nicht voll besoldeten Kreisärzte. Sowohl der Centrums- Abgeordnete Dr. Rügenberg, als der Nationalliberale Dr. Martens sprachen die Meinung aus, daß die Ent- wicklung dahin führen werde, mehr und mehr nur voll besoldete Kreisarztstellen zu schaffen. Die alte Forderung der Auflösung der Medizinal- a bteilung vom Kultusministerium und ihre Angliederung an das Ministerium des Innern wurde von dem Abg. Dr. Langerhans (fr. Sp.) erhoben. Er fand indessen diesmal ebensowenig Gegenliebe dafür beim Kultusminister wie in früheren Jahren. Herr Studt erklärte, daß zwar Verhandlungen darüber zwischen dem Kultusministerium und dem des Innern stattgefunden haben, daß diese aber beim Amtsantritt des Herrn v. Hammerstein wieder abgebrochen sind. Es wird also vorläufig alles beim alten bleiben. Ebensovienig Aussicht auf Verwirklichung hat die Durchführung der obligatorischen Leichenschau, die Herr Studt hauptsächlich aus finanziellen Gründen für undurchführbar hält. Dagegen sind vorbereitende Maßnahmen für eine Reform des Hebammenwesens im Gange. Auch der Kurpfuscherei will die Regierung energisch zu Leibe rücken. Die Kreisärzte sind streng angewiesen, das Kurpfuschertum zu überwachen, und der Justizminister hat auch an die Staatsanwälte entsprechende Anweisungen ergehen lassen. Es wird erwogen, ob nicht wegen Unzuverlässigkeit eine Entziehung des Gewerbebetriebes möglich ist, und namentlich wird neuerdings auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vorgegangen. Am meisten wirksam ist allerdings, wie der Regierungskommissar hervor- hob, eine fortgesetzte Aufklärung des Volkes.

Am Mittwoch soll der Kultusetat zu Ende beraten werden. Dann beginnt die erste Lesung der Sekundärbahn- Vorlage.

Auch das Herrenhaus tritt am Mittwoch zusammen.

Ueber die Ausweisung der Frauen

aus der Versammlung des Wahlvereins des dritten Reichstags- Wahlkreises am 26. Februar hat der Vorstand des Wahlvereins beim Polizeipräsidentium Beschwerde geführt und hat darauf folgende Antwort erhalten:

„Die eingelegte Beschwerde vom 5. d. M. in Vereinsangelegen- heiten weise ich als unbegründet zurück. Das Verhalten des über- wachenden Polizeibeamten entspricht vollständig der für diese **Dienstthätigkeit erteilten Instruktion** zur Ausführung der Bestimmungen des Vereinsgesetzes.“

Also es besteht eine „Instruktion“, wonach die Frauen auch nicht als Zuhörerinnen anwesend sein dürfen. Bei der Versammlung des Bundes der Landwirte hat man — soviel steht fest — diese Instruktion nicht befolgt. Aber nicht nur dies, sondern wie der Minister v. Hammerstein am 24. Februar im preussischen Landtag mit- geteilt hat, ist man im Polizeipräsidentium sogar der Ansicht, daß Frauen als Zuhörerinnen anwesend sein können, wenn sie sich an den Verhandlungen nicht beteiligen. Wie ist mit dieser Ansicht die „Instruktion“ vereinbar, die dem dritten Wahlvereine gegenüber angewendet worden ist? Oder sollte es verschiedene In- struktionen für Versammlungen des Bundes der Landwirte und für socialdemokratische Versammlungen geben? — Oder sollte vielleicht Herr v. Hammerstein, um die Begünstigung des Bundes der Land- wirte zu beschönigen, Rechtsgrundzüge aufgestellt haben, die dem Polizeipräsidentium selbst unbekannt sind? —

Am Dienstagabend hielt der socialdemokratische Wahlverein des 4. Berliner Wahlkreises in der „Urania“, Brangelstraße, eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Dreien des März“. Zu derselben waren auch Frauen als Zuhörerinnen in der An- zahl von 30—40 erschienen. Die Versammlung war überaus zahlreich besucht. Gleich nach Eröffnung der Versammlung durch Genossen Paul Hofmann forderte der überwachende Beamte die Ent- fernung der Frauen. Hofmann wies auf die Ausführungen des Ministers v. Hammerstein hin, der die Anwesenheit von Frauen bei den politischen Vereinsveranstaltungen des Bundes der Landwirte im Circus Busch ausdrücklich gebilligt habe; danach müsse dieses Recht auch andren Parteien zustehen. Es sei Vorkehrung getroffen, daß die Frauen in einem „besonderen Segment“ des Ver- sammlungslokales verbleiben. Der Polizeibeamte erklärte trotz dieser Hinweise auf die Anordnungen seines höchsten Vorgesetzten die Anwesen- heit der Frauen als unzulässig und drohte mit Auflösung der Versam-

lung. Der Vorsitzende erwiderte, daß ein Recht zur Jurisdiktion nicht bestünde und daß er keinenfalls die Frauen hinausweisen werde. Darauf löste der Beamte die Versammlung auf; die Versammelten gingen unter dem Gesang der Marseillaise aneinander und versuchten das Rätsel zu lösen, warum der preussische Rechtsstaat das für die „Urania“ als ungesetzlich verbietet, was im „Circus Busch“ als gesetzlich erlaubt wird.

Der diplomatische Stand.

Der durch Bittes Entlassungen hervorgerufen worden ist, scheint den von uns erwarteten Verlauf nehmen zu sollen. Die amerikanische Regierung ist bemüht, die Affaire, die, wie es in einem Artikel der New Yorker „Sun“ heißt, „völlig zur Unzeit“ gekommen ist, aus Höflichkeit gegen den Prinzen Heinrich und den Kaiser, die so einträglich um Amerikas Freundschaft geworden, nach Möglichkeit zu vertuschen. Ein Teil der amerikanischen Presse freilich, und zwar die am meisten gelese „gelbe“ Presse, schlachtet die Enthüllungen mit Behagen aus.

Ziemlich zutreffend dürfte die Darstellung sein, die der Korrespondent des „Manchester Guardian“ von der Lage giebt:

„Es heißt, ein Zwischenräger habe sich seine Kenntnis von Hollebens Unvorsichtigkeit zu Nutzen gemacht, um Geld aus ihm zu pressen, und als dann Holleben nichts mehr bezahlen wollte, übergab der Erpresser seine Dokumente dem Geheimdienst der amerikanischen Regierung. Ferner heißt es, die Beweise für Hollebens Schuld seien Roosevelt und Gay vorgelegt. Diese hätten beschloffen, die Sache zu vertuschen, bis des Prinzen Besuch vorüber sei, und dann dem Kaiser Zeit zu lassen, daß er Holleben abberufe. Meine Ermündungen, schreibt der Korrespondent weiter, haben mich überzeugt, daß diese Behauptungen wenigstens einige Grundlagen haben. Ich höre, daß ein deutscher Bankier besondere Anstrengungen gemacht hat, die Regierung zu veranlassen, langsam vorzugehen und zu gestatten, daß Holleben sich einbar freiwillig oder aus Gesundheitsrücksichten zurückzieht.“

Wenn der Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ den Umstand, daß v. Holleben wieder im Jahre 1900 noch jetzt gegen die angeblichen Verbreiter der Enthüllungen Klage erhoben hat, damit erklärt, daß das eine „zu hohe Würdigung des Wüßstums wäre“, so ist das dem doch eine Erklärung, die um so weniger zu überzeugen ist, als sonst deutsche Behörden und Diplomaten bei dem lächerlichsten Anlaß Staatsanwälte und Gerichte in Bewegung zu setzen pflegen.

Die Potsdamer Duellrede. Gegen das Urteil der Potsdamer Strafkammer in Sachen der angeblichen Aeußerungen des Kaisers über das Duell im Offiziersstande hat der zu zwei Monaten Gefängnis verurteilte Redakteur W. Groll Revision eingelegt, während sich die zu 500 bezw. 300 M. Geldstrafe verurteilten Mitangeklagten Buchdruckermeister Stein und Geh. Rechnungsrat Steinbach, ebenso wie die Staatsanwaltschaft bei dem Urteil bemüht haben. Was den Gewährungsmann Steinbachs anlangt, so behauptete in der Verhandlung der Versicherungsflossierer Delhardt eidlich, daß Steinbach gefügt hätte: „Mein Sohn Hans und der Regierungsdirektor Nödenbeck waren sehr aufgeregt über die Aeußerungen des Kaisers!“ Man ist übrigens allgemein der Ansicht, daß durch die Verhandlung der wirkliche Thatbestand keineswegs aufgeklärt sei.

Der Drachennorden. Wir lesen: „Es verdient hervorgehoben zu werden, daß nach definitiver Beilegung des chinesischen Konflikts der Kaiser von China zum erstenmale wieder einen Offizier der deutschen Marine dekoriert hat. Kapitänleutnant Puttfarcken wurde durch die Verleihung der 2. Klasse 2. Stufe des chinesischen Ordens vom doppelten Drachen ausgezeichnet. Kapitänleutnant Puttfarcken ist jetzt erster Offizier des Küstenpanzers „Hagen“.“

Vor kurzem war in der deutschen Regierungspresse alles Chinesische ein Gegenstand derbsten Spottes, und welchen Mißerlaube man sich im Kaiserpalast mit den heiligen Insignien des Gottesgnadentums des Reiches der Mitte! Und jetzt ist das Bilden des Drachens wieder ein ehrfürchtigerweckendes Symbol, wert auf der Mannedrüse deutscher Krieger getragen zu werden.

Ein neuer Germanisierungs-Maß. Aus Posen wird gemeldet: Sämtliche polnische Vereine der Provinz Posen sind von der Regierung angewiesen worden, vom 1. April ab alle Verhandlungen in deutscher Sprache zu führen.

Ein derartiger gesetzlich nicht zu rechtfertigender Maß kann natürlich nur dazu beitragen, die Erbitterung der Polen auf Anhörte zu reizen. Das Gefühl der Polen, daß ihnen ungesetzlich Gewalt angethan wird, wird durch eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts genährt, die den Polen in den polnischen Provinzen ausdrücklich das Recht zugesieht, sich in ihren Versammlungen ihrer nationalen Sprache zu bedienen.

Eine Interpellation über das Versammlungsrecht ist mit Unterstützung des Centrums vom Abg. Zaltin im Abgeordnetenhaus eingebracht worden: „Ist es der königlichen Staatsregierung bekannt, daß am 2. März 1902 zu Krynitz eine Versammlung christlicher Arbeiter, deren Mutter- und Umgangssprache die polnische ist, auf polizeiliche Anordnung aus dem Grunde aufgelöst worden ist, weil die Verhandlungen in polnischer Sprache geführt werden sollten? Welche Maßnahmen gedenkt die königliche Staatsregierung zu ergreifen, um derartigen Zuwiderhandlungen gegen Versammlung und Gesetz künftighin vorzubeugen?“

Mecklenburgische Schulzustände. In der „Kosliner Zeitung“ findet sich folgendes Inserat:

Die Domanielschuler des Amtes T. zu R. waren zum 15. d. M. geladen, um ihr Schulgeld in Empfang zu nehmen. Der Amtsverwalter von M. warf einen Bleistift mit einem Messer auf den Tisch und sprach zu den bereits erschienenen Lehrern: „Schärf mal einer den Bleistift vor!“ Ich erlaube mir die Frage, ob wir heute 1702 oder 1902 schreiben.

Wir können die Frage des Interenten leicht beantworten: In der sogenannten Heimat des Grafen Bülow ist man bisher nicht so revolutionär gewesen, über das Jahr 1702 hinauszukommen.

Ein Dänenkonflikt in Sachsen. Die Zweite sächsische Kammer hatte am Dienstag wieder einmal einen Konflikt; diesmal nicht mit der Regierung, sondern mit der Ersten Kammer. Bis her behielten die answärtigen Abgeordneten der Zweiten Kammer pro Tag 12 M. Diäten, die in Dresden wohnenden Abgeordneten nicht. Die Zweite Kammer beschloß nun vor einigen Monaten, den in Dresden wohnenden Kammermitgliedern 6 M. Diäten zu gewähren. Dieser Beschluß sollte rückwirkende Kraft haben. Die Erste Kammer lehnte jedoch diesen Antrag ab. Gestern befahte sich die Zweite Kammer abermals mit der Sache und beschloß einstimmig, auf dem Beschluß bestehen zu bleiben.

Sächsische Übergabe.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Ein eigenes Office ist dem sächsischen Volke besetzt worden, an dem es seine Freunde haben dürfte. Es ist das schlimmste eingetreten, was den sächsischen Steuerzahler treffen konnte. Die Regierung wird nunmehr entgegen allen Hoffnungen doch noch in diesem Jahre einen 50 prozentigen Steuerzuschlag erheben. Die Steuerzahler, die bereits ihre Steuerzettel erhalten haben, werden jetzt noch einen Steuerzettel bekommen, der sie verpflichtet, einen weiteren Steuerbetrag in Höhe der Hälfte der auf dem ersten Steuerzettel vermerkten Summe zu bezahlen.

Bergegenwärtigen wir uns die Lage. Die sächsische Kammer mehrenheit war zwar vor einigen Jahren losfurch bereit, den Arbeitern das Wahlrecht zu nehmen, gegen eine Hebung der Staatsfinanzen sträubte sie sich aber mit Händen und Füßen. Der Einnahme-Ausfall wurde immer größer. Für die kommende Finanzperiode fehlten der Regierung bereits 88 1/2 Millionen Mark. Die Regierung erklärte, sie werde nunmehr auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes vom 3. Juli 1878 (direkte Steuern betreffend) den Fehlbetrag lediglich durch Zuschlag zur Einkommensteuer decken. Hier-

vor fürchteten sich aber die Konservativen und Nationalliberalen. Im Schweiße ihres Angesichts peitschte die Zweite Kammer eine organische Steuerreform durch. Die Gerichtskosten wurden um 25 Proz. erhöht. Eine Vermögenssteuer wurde angenommen. Nebenbei sorgten die Agrarier auch noch für sich und beschloffen die Aufhebung der Grundsteuer. Als Gegenleistung für diesen Fleiß versprach die Regierung, sich nur mit einem 20 prozentigen Steuerzuschlag zu begnügen. Die Zweite Kammer veranlaßte auch, um sich den Anschein der Arbeiterfreundlichkeit zu geben, daß die Einkommen bis 800 M. von dem Steuerzuschlag verschont bleiben sollten.

So schien die konservative, nationalliberale Zweite Kammer noch im letzten Augenblick das von ihr verursachte Uebel verhüten zu haben, aber die Herren hatten die Rechnung ohne die Erste Kammer gemacht. Diese säkularisierten Herren fanden, daß sie bei dem fünfzigprozentigen Steuerzuschlag besser weg kämen und verabschiedeten die Steuerreform nicht. Die Erste Kammer kann sonst sehr fit arbeiten. Zur Annahme des Gesetzes über die Wahlrechtentziehung der Arbeiter brauchte sie nur eine halbstündige Beratung. Die Steuerreform, die seit November auf der Tages-Ordnung steht, haben sie aber noch immer nicht Zeit gefunden zu erledigen. Darumhin hat die Regierung erklärt, sie müsse jetzt infolge der vorgerückten Zeit zu dem 50prozentigen Steuerzuschlag zurückkehren. Der Zuschlag, der einer Kriegskontribution vergleichbar ähnlich sieht, trifft auch die Einkommen bis zu 400 M. herab.

Eine Tabelle möge zeigen, wie viel Staatseinkommen Steuern der entrechteten Arbeiter jetzt in Sachsen im Vergleich zu den preussischen und östereichischen Arbeitern zu zahlen hat.

Jährliches Einkommen	Steuerjah		
	Sachsen	Preußen	Oestreich
Über 400 M.	1,50 M.	—	—
500 „	8 „	—	—
600 „	4,50 „	—	—
700 „	6 „	—	—
800 „	9 „	—	—
950 „	12 „	6 „	—
1100 „	15 „	9 „	7 „
1400 „	24 „	16 „	12 „
1800 „	45 „	31 „	20 „
2500 „	67,50 „	44 „	31 „

Die sächsischen Arbeiter werden so allmählich in eine Stimmung getrieben, die bei den nächsten Reichstagswahlen sich nicht zur Freude der Regierung und der Regierungsparteien, einladen dürfte.

Ausland.

Ausartung der chinesischen Kurnen.

Das Reutersche Bureau meldet aus Hongkong: Nachrichten aus Kwangsi zufolge dehnt sich der Aufstand mit Schnelligkeit auf die drei Provinzen Kwangsi, Kwangtung und Yunnan aus. General Ma, der mit Truppen von Canton abgegangen wurde, kam mit den Aufständischen bei Fangtscheng ins Gefecht. Die Schlacht dauerte zwei Tage. General Ma war schließlich gezwungen, sich zurückzuziehen. Die Aufständischen nahmen Fangtscheng und errichteten dort ihr Hauptquartier. Die Mandarinen wurden entweder von ihnen getötet oder gefangen genommen und die Stadt wurde geplündert. In einem Briefe aus Tsimpe, welches 50 Meilen von Kwangtschou liegt, wird gemeldet, daß dort aus Furcht vor den Aufständischen alle Geschäfte stillen. General Su, der bei Nentschao und General Ma, der bei Kiautschou steht, warten beide auf Verstärkungen und möchten ihre Streitkräfte vereinigen, aber die Aufständischen halten alle dazwischen liegenden Gebirgspässe besetzt, um die Vereinigung der Truppen zu verhindern und den aus dem Innern des Landes kommenden Proviant wegzunehmen. Zahlreiche kaiserliche Truppen schließen sich den Aufständischen an, um an der Plünderung teilzunehmen und höheren Sold zu erlangen. An der Spitze der Aufständischen steht Sungming, ein Verwandter von Hungsichu, dem bekannten ehemaligen Führer der Taipings.

Schweiz.

Basel, 17. März. (Sig. Ver.) Die gestrige Volksabstimmung im Kanton Zürich hat das vorausgesehene und erhoffte Resultat ergeben: Die Wirt-Initiative wurde mit 42 697 gegen 10 022 Stimmen verworfen und so den spekulativen Wirten wohl für lange Zeit ihr dreifaches Monopolgeflüster niedergeschlagen. Die verblendeten Abstinenzler, die den Wirten Handlungsdienste, wenn auch aus unheimlich geringen Entlohnungen, leisteten, mögen sich die erhaltene derbe Lektion für die Zukunft eine heilsame Lehre sein lassen. Das Bankgesetz fand mit 37 425 gegen 14 290 Stimmen Annahme, die unsern Genossen Ernst als ein finanzministerieller Erfolg gebucht werden darf. Der Verfassungsartikel, der dessen Verwerfung die übermächtige, herrschsüchtige und vergevaltigende Mehrheit des Kantonsrats unsere Partei provoziert hatte, ist mit 28 080 gegen 22 387 Stimmen verworfen und somit den Herren eindringlich und demonstrativ gezeigt worden, daß ihre Macht am Referendum zerfällt. Es bleibt nun beim Alten und tritt nun die Vermehrung der Zahl der Kantonsratsmitglieder von 203 auf 243 ein. Unsere Partei hat gegenwärtig 14 Vertreter im Kantonsrat oder 7 Proz. der Mitglieder; von der auf den 27. April angelegten Rechnung erwarten wir eine Verdoppelung dieser Zahl, also ca. 30, wodurch unsere Vertretung auf 12 Proz. steigen würde. — Im Nationalrats-Wahlkreis Dielsdorf hat der Arbeiter- und Bauernkandidat Pfarrer Schupp 3435 Stimmen erhalten, während sein agrarischer Gegenkandidat, der Wäldmeister, Metzger, Landwirt und Postmeister Hauser mit 4548 Stimmen siegte. — Eine von 300 Mann besetzte Delegiertenversammlung der sozialistischen und demokratischen Partei des Kantons St. Gallen beschloß einstimmig, den Genossen Scherrer als Kandidaten für die durch Herrn Curtiss Rücktritt notwendig gewordene Ersatzwahl in den Regierungsrat aufzustellen. Advokat Scherrer steht, worauf wir aufmerksam gemacht wurden, der Sozialdemokratie nicht bloß nahe, sondern er gehört unserer Partei direkt an. Bei den eigentlichen Parteiverhältnissen im Kanton St. Gallen sind solche Irrtümer geradezu unvermeidlich.

Belgien.

Zur Wahlrechtsbewegung. Am Montag fand in Lüttich eine Monstre-Kundgebung für das allgemeine und gleiche Stimmrecht statt, an welcher über 10 000 Personen teilnahmen.

Italien.

Neue Gruppenbildung. In einer Versammlung der Deputierten aus den Provinzen Ferrara, Modigo, Modena, Bologna, Parma und Piacenza wurde die politische Lage in Beziehung auf die agrarische Bewegung in genannten Provinzen besprochen und eine Interessengruppe gebildet. Die neue Gruppe nahm eine Tagesordnung gegen die Regierung an und beauftragte den Abgeordneten Rangonchi, sie der Kammer zu unterbreiten. Die Bildung der parlamentarischen Landbesitzergruppe der Abgeordneten der Provinzen, wo das Landproletariat sich zu nicht mitsprechenden Organisationen zusammengefaßt und wo angeblich infangerechte Landarbeiter-Streiks im Gange sind, ist wohl mehr als ein Zufall. Die Art der Gruppierung, die Gruppierung nach wirtschaftlichen Interessen, ist neu für Italien, da das italienische Parlament bisher nur in politische Gruppen geteilt war.

Spanien.

Ueber die spanische Ministerkrise wird gemeldet: Für wahrscheinlich gilt die folgende Ministerliste: Sagasta, Präsident, der Herzog v. Almodovar, Neuzeres, Worez, Zameres, General Negler, Krieg, der Herzog v. Vergara, Marine, Canalejas, Ackerbau, Romanones, Unterricht. Noch unbestimmt ist die Besetzung der Posten des Justiz- und des Finanzministers, Angesichts der Schwierig-

keiten einer Regelung der Personenfrage und der daraus entspringenden Besorgnissen bezüglich der Ausführung des Programms erklärte Canalejas von vornherein, er werde in dem Augenblick, wo das Kabinett sich darin schwach zeigen sollte, wieder zurücktreten. Von anderer Seite verlautet dazu, daß Canalejas das Justizportefeuille erhalte. Das Finanzportefeuille sei Paizgerver angeboten, der es aber abgelehnt hat.

Der Boeren-Krieg.

Englands Notlage.

„Daily Mail“ erfährt, die britischen Behörden übermittelten Delarech ihren Dank für die freundliche Behandlung Lord Methuens. Das Kriegsamt werde demnächst seine Anerkennung der ritterlichen Handlung in besondrer Weise zum Ausdruck bringen, aber die Freigebung eines gefangenen Boerenführers von hohem Rang sei nicht beabsichtigt. Die Boeren haben auch mit ihren vorhandenen Strategen genug.

Methuen beschwert sich.

Die „Times“ veröffentlichen einen Brief Methuens an einen seiner Freunde, worin Methuen sich darüber beklagt, daß ihm das Kommando über den größten Teil seiner Truppen entzogen worden war.

Der Liebling der englischen Aristokratie mag sich trösten. Seine Feldherrnbegehung hat auch so England Mannschaften genug geliefert.

Partei-Nachrichten.

Ein Beitrag zur Revolutionsgeschichte.

In der Nr. 24 des XX. Jahrganges der „Neuen Zeit“ liefert Franz Wehring einige Beiträge zur Geschichte des Wirkens des Kommunistenbundes in der deutschen Revolution. Er ist in der Lage, ungedruckte Aufzeichnungen von zwei thätigen Mitgliedern des Kommunistenbundes, Wilhelm Wolff und Stephan Born, mitzuteilen, die nicht nur einen Blick thun lassen in das Wirken der Bundesmitglieder, sondern auch den Beweis liefern, daß sich die Kommunisten damals schon recht klar waren über die Lage der Dinge.

Aus Wolffs Aufzeichnungen werden nur Bruchstücke mitgeteilt. Er schreibt Mitte April 1848:

„Wie in Berlin so auch hier (Dresden) entschiedene, ja oft wolkende Feindschaft und Erbitterung zwischen Bourgeoisie und Proletariat. . . Jetzt hat die Bourgeoisie einen großen Teil des Sieges für sich konfidiert und andererseits ist hier in Sachsen — wie freilich in anderen Provinzen auch — die Reaktion der Grundaristokratie und der Bureaucratie nicht Anhängeln fürchtbar thätig. Wegen der Wahlen wird kein Mittel unbenutzt gelassen. Hätte man direkte Wahlen, so könnte man allen diesen Machinationen an einem Tage und in einer Versammlung ein Ende machen. Jetzt aber werden wir eine ganz abscheuliche, teils reaktionäre, teils moderat-konstitutionelle Majorität bei den sächsischen Wahlen heranzubekommen.“

Aus Berlin berichtet am 11. Mai 1848 Stephan Born an Marx:

„Hier existieren vier Zeitungen. Die Bössische und die Spenerische laßt Du; sie sind immer noch dieselben. Die Zeitungshalle versucht es, gleich nach der Revolution mit dem Radikalismus hervorzutreten, hat deshalb viel Abwente verloren und wird sich wahrscheinlich nicht lange halten können. Eine neue Zeitung, von Antenberg redigiert, die „National-Zeitung“, wird sich wohl auch schwerlich halten können. Sie kostetert mit allen Parteien und ist ein sehr matted Bourgeoisblatt mit philanthropischem Veinat. Alle vier Zeitungen stehen meinen Artikeln offen. An Zeitschriften giebt es hier: 1. Die „Volksstimme“, für Arbeiter sehr fabe, wird bald sterben. 2. Die „Arbeiterzeitung“ (mit einem Redaktionskomitee aus dem Handwerkerverein), eine Trompete, in die jeder hineinblasen kann, weshalb ich aus der Redaktion scheid. Steht auch noch nicht auf sicheren Füßen. 3. Der „Volksfreund“ von Schöffel, gewöhnlich derb, hin und wieder pathetisch grobianisch, in ökonomischen Fragen unwissend, sozialistisch-kommunistisch, aufregend und deshalb von Proletariern gelesen. Der Redakteur ist jetzt in Haft. Es giebt noch einige Blätter, die eben gar nicht der Rede wert sind. Vom 1. Juni ab erscheint unter meiner Redaktion eine Arbeiterzeitung: Das Volk. Ich habe hier eine sehr ausgebreitete Delamantchaft und reche deshalb auf guten Erfolg.“

Die Parteien fangen allmählich an, sich klar zu werden: sie sondern sich immer mehr und bald wird jeder wissen, wem er angehört. Der konstitutionelle Klub (Bankiers, Geheimräte, Professoren, Juden, Kurzsattel, Geschlechte, Skandale, Klatsch, Berliner Geistesrichtung, das ist sein Inhalt) wird immer lebener, besonders seit den Wahlen, bei denen er vollständig durchgefallen ist. Der politische Klub Jung, Meyer, Schöffel, Sch. Studenten, Marats und Robespierres, der Stein des Anstoßes für alle Philister) scheint jetzt mit der radikalen Partei an Bedeutung zu gewinnen. Der Sozialismus ist in allen Ständen (mit Ausnahme der Berliner Weizsäckler) in voller Blüte. Die Philanthropie macht Entdeckungen, wie man den Leuten das Geld abnehmen kann, um es an die Armen zu verteilen usw. Das Proletariat ist durch und durch revolutionär. Ich halte deshalb, wo es nur möglich ist, von unnützen Kravallen ab, organisiere aber überall die zerstreuten Kräfte zu einer starken Macht. Ich sehe hier so ziemlich an der Spitze der Arbeiterbewegung. Die Bourgeois haben Vertrauen zu meinem Verwaltungstalent, sie leben nicht, daß ich die Arbeiter verbinde und nur dahin wirke, daß kein blinder Lärm geschlagen werde; sie haben gegen eine beachtete Ausweisung Partei genommen. Ich bin hier Vorsitzender eines quasi Arbeiterparlamentes von Abgeordneten aus sehr vielen Gewerken und Fabriken. Der Handelsminister hat sich mit uns in Verbindung gesetzt. Der Mann weiß gar nicht, was er thun soll. Er tappt umher wie ein Blinder.

Neber den Wind als solchen, wie er hier besteht, kann ich jetzt nichts berichten. Es hat noch niemand Zeit gehabt, ihn in der früheren Weise fest zu organisieren. Er ist aufgelöst, überall und nirgends. . . .“

Für den Reichstagswahlkreis Stuttgart stellte eine stark besuchte Kreisversammlung am Sonntag den Genossen K a r l H i l d e n b r a n d, Landtags-Abgeordneter und Redakteur der „Tagwacht“, als Kandidaten zur nächsten Reichstagswahl auf.

Der Kreis wird zur Zeit vom Genossen Kloß vertreten. Dieser erklärte jedoch auf der Konferenz, daß seine ganze Kraft im Landtage und im Gemeinderate in Anspruch genommen sei und daß er deshalb kein Reichstags-Mandat wieder übernehmen könne. Stuttgart, das im Jahre 1893 zum erstenmal von uns erobert wurde, gehört zu den Kreisen, die in langer, zäher Arbeit, unterstützt durch die wirtschaftliche Entwicklung, allmählich von uns erlumpert wurden und die darum die Gewähr bieten, daß sie bei längerer Arbeit nicht wieder verloren gehen.

Unser Karlsruhe'er Parteiblatt, der „Volksfreund“, kann mitteilen, daß er seit der Gemeinderatswahl schon 91 Abonnenten in Karlsruhe gewonnen hat. Das ist auch ein Beweis des neuen Geistes, der die Arbeiter Karlsruhe'ens ergreifen hat und der die Gewähr bietet für neue Erfolge in naher Zukunft.

Partei-Presse. In den Kreisen der Offenbacher Parteigenossen wird schon seit längerer Zeit die Frage der Uebernahme des bisherigen Parteiblattes in Parteilage erörtert. Am Sonntag hat sich eine Kreisversammlung des Wahlkreises Offenbach-Dieburg mit der Angelegenheit beschäftigt. Nach eingehender Beratung wurde gegen 5 Stimmen folgender Beschluß gefaßt:

„Die Parteigenossen übernehmen an dem von der nächsten Frühjahr-Kreisversammlung festzusetzenden Termin den Verlag des „Offenbacher Abendblattes“ in Parteilage und übertragen den Druck desselben unter noch zu vereinbarenden Bedingungen für die Dauer

von 10 Jahren dem Genossen Reich mit der Aufgabe, daß die Parteigenossen für den Fall, daß sie innerhalb 10 Jahren eine anderweitige Herstellungs des Blattes durchzuführen beabsichtigen sollten, die Druckerei des Genossen Reich käuflich erwerben zu einem zu vereinbarenden Preis, über dessen Höhe nötigenfalls ein Schiedsrichter aus parteigenössischen Sachverständigen zu entscheiden hat.

Ein Antrag, bei dieser Gelegenheit die drei beständigen Parteiblätter — „Offenbacher Abendblatt“, „Mainzer Volks-Zeitung“ und „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung“ — zu verschmelzen, wurde wieder zurückgewiesen.

Die „Mainzer Volks-Zeitung“ ist von der dreispaltigen zur vierspaltigen Einteilung übergegangen. Zugleich wird sie jetzt mehrmals in der Woche stärker erscheinen wie bisher.

Die Revolutionsfeier des Wiener Proletariats.

Was für uns der 18. März, ist für die Arbeiter Wiens der 13. die Feier wurde am Sonntag abgehalten. Sie war abermals, wie bisher, eine gewaltige Demonstration gegen die kaiserlichen politischen Zustände der Gegenwart. Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ schreibt darüber:

Der geringe Massenzug zum Grabe der Märzgefallenen bot eine Ueberraschung. Daß es den Wiener Arbeitern ein Bedürfnis und eine Gewohnheit geworden ist, alljährlich einmal zum Grabe der Märtyrer der Freiheit zu wallfahren, wußte man, daß aber dieser gewohnheitsmäßige Pietätsakt auch noch der großen Jubiläumsdemonstration von 1898 noch immer eines besonderen Aufschwunges fähig ist, das war die Ueberraschung des gestrigen Tages. Es zeigte sich gestern, daß auch das Gewohnheitsmäßige die Begeisterung der Wiener Arbeiter nicht lähmen kann, und daß die propagandistische Kraft selbst einer alljährlich wiederkehrenden Feier unerschöpflich sein kann. Wenigstens 50 000 Wiener Arbeiter nahmen an der Demonstration teil, mindestens um ein Drittel mehr als im vorigen Jahre. Allerdings gab es Feuer noch einen besonderen Antriebe, Pietät für die Märzgefallenen zu üben — die Demonstration galt diesmal nicht allein den Wiener Märzgefallenen von 1848, sondern auch den Triester Februargefallenen von 1902. Der brennende Schmerz, den die noch frischen Wunden dem Proletariat verursachen, gab der ganzen gestrigen Feier ihren besonderen Inhalt. Der Märztag ist sonst immer auch die Frühjahrsfeier des Wiener Proletariats; diesmal war sie es nicht. Der Kranz, den die Triester Abgeordneten zum Grabe der Märzgefallenen trugen, befandete, daß wir noch immer mitten im Winter des österreichischen Elends leben.

Politikales, Gerichtliches usw.

— **Nacht Monate Gefängnis.** Der Genosse Haenisch in Dortmund, Redacteur wiesiger Parteiblattes, soll die erste Strafkammer des Landgerichts Dortmund beledigt haben durch Festsetzungsartikel, die mit den Prozessen gegen Bredendick zusammenhängen. Von der beledigten Kammer unter Vorsitz des beledigten Richters wurde Haenisch, wie uns ein Privattelegramm meldet, am Dienstag zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

— **Wegen Beledigung des Sächsischen Schulvorstandes** wurde der frühere verantwortliche Redacteur der „Altenburger Volkszeitung“, Genosse Kühn in Schmalk, zu 60 W. Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Ueber den Beschäftigungsgrad in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie

wird von sachkundiger Seite geschrieben: Bei den Aufträgen, von denen in letzter Zeit berichtet wurde, wird übersehen, daß in den letzten Jahren die Werke in ihrer Leistungsfähigkeit zu früher unbefangenen Höhen gesteigert worden sind und daß dies auf die Technik des Betriebes einen ganz bestimmten Einfluß hat. Bei einer Leistungsfähigkeit von 1100 Tonnen in 24 Stunden, wie sie Gutehoffnungshütte und Deutscher Stahl bei Brunsbüttel aufweisen, aber auch schon bei 900 (Gösch, Schaller Hütten, Rheinhausen, Krupp u. a.) bedarf es tieferer Bestellungen, um andauernd den Betrieb voll aufrecht zu erhalten. Weistens sind bei jetzt nur verhältnismäßig kleine Specialaufträge eingelaufen. Diese bedingen ein häufiges Umladen der Walzen, es kommt vor, daß auf einer Walzenstraße täglich mehrmals andre Fertigungsprofile eingeleitet werden. Diese Arbeit ist zeitraubend und verteuert die Selbstkosten. In vielen Walzwerken stellt man seit Monaten meist nur Drahtknüppel und Billets auf Vorrat her; wohl gehen hin und wieder größere Posten ab, aber es darf nicht vergessen werden, was die Werte bei kontinuierlichem Betrieb (Doppelschichten a 12 Stunden) eigentlich zu leisten vermögen. Uns wird mitgeteilt, daß jetzt wieder häufig die vorräthigen Knüppel gegen ihre Bestimmung auf der Schrottschere zerschneiden und zu Schweisepfählen in den Fein- und Blechwalzwerken verwendet werden. Vor Jahr und Tag wäre das undenkbar gewesen. Es hat so den Anschein, als seien die Walzenstrahlen beschäftigt für besondere Aufträge, in Wahrheit ist es aber häufig nur Verlegenheitsarbeit. Man ist sogar darauf gekommen, fehlerlose Knüppel und Billets, auch Träger und sonstiges Jagoneisen auf der Schrottschere zu zerschneiden und sie als „Altmaterial“ in den Handel zu bringen, um so die normierten Lagerbestände zu räumen; solches ist von der Union-Dortmund gemeldet worden, ohne dementiert zu werden. Bei der Beurteilung der wirthlichen Verhältnisse in unserer Eisenindustrie darf eben nicht vergessen werden, daß die meisten Werke nicht wissen, wohin mit den verbeizten Vorräten an Roheisen und Halbfabrikaten. Bevor diese nicht abgestoßen sind, kann von einer Besserung in der Eisenindustrie eigentlich keine Rede sein. Die in letzter Zeit hier und da vorgenommenen Preiserhöhungen seitens der Verbände der Eisen- und Stahlindustriellen sind nicht ohne weiteres als Anzeichen von Besserung zu bewerten, da diese Preise sehr häufig nur auf dem Papier stehen. Die Händler schließen nicht ab, sondern verhalten sich beharrlich passiv, da sie ein weiteres Herabgehen der Preise erwarten. Der Rückgang veranlaßte die Werke, auch ihren Arbeiterstand zu vermindern; daß alle Eisen- oder Stahlwerke kleinere oder größere Arbeiterentlassungen im Lauf des letzten Halbjahres vorgenommen haben, ist bekannt. Arbeiterentlassungen aber finden auch heute noch nicht statt, abgesehen von vereinzelten Ausnahmen. Auf der Krupp'schen Fabrik in Essen verminderte sich seit dem Jahre 1900 die Arbeiterzahl von 24 000 auf jetzt 22 000. Hördter Verein, Union, Gutehoffnungshütte, Schaller Werke u. a. große und kleine Werke entlassen namhafte Arbeitermengen. Die Löhne sind seit der Hochkonjunktur teilweise bis zu 50 Proz. gesunken! 2,50—3,00 M. täglich verdienen heute Eisen- und Stahlarbeiter, die 1900 einen Accordlohn von 6 und mehr Mark erhielten. Die Geschäftsleute treten mit ihrem Klagen über ein sich greifendes Vorgehen und Schuldenmachen der Hüttenarbeiter schon an die Öffentlichkeit. Wohl wandern viele Hüttenarbeiter jetzt zurück in ihre ostelbische Heimat, doch ist dieser Abzug bei der nach Hunderttausenden zählenden Arbeiterzahl nicht spürbar.

Löhne der Bergarbeiter in Preußen im Jahre 1901.

Die amtliche Statistik ergibt für das Jahr 1901 einen erheblichen Rückgang der Bergarbeiter-Löhne. Die Gesamtlohnsumme ist von 518 005 284 M. im Jahre 1900 auf 509 511 419 M. im Jahre 1901 gesunken. Der Durchschnitts-Jahreslohn auf einen Arbeiter betrug im Jahre 1901 in Oberlohn 872 M. (im Vorjahre 877 M.), in Niederlohn 871 M. (910 M.), im Oberbergamtsbezirk Dortmund-Osnabrück 1224 M. (1382 M.), in Saarbrücken 1042 M. (1044 M.), in Wachen 1162 M. (1194 M.), im Oberbergamtsbezirk Halle 928 M. (981 M.), im Salzbergbau Halle 1155 M. (1142 M.), im Mansfelder Erzbergbau 1001 M. (1013 M.), im Oberberg 678 M. (666 M.), in Siegen-Rastatt 904 M. (906 M.), im rätisch-schlesischen Erzbergbau 813 M. (870 M.), im unterlohnischen Erzbergbau 722 M. (728 M.). Die Löhne sind nach Abzug der Versicherungsbeiträge und unter Ausschluß der Löhne für Beamte und Aufsicher berechnet. Für die Arbeiter des Oberberges, die die niedrigsten Löhne aufweisen, kommt für das Jahr 1900 eine Provisorzulage von 11 Pf. pro Schicht und für das Jahr 1901 10 Pf. als Lohnzuschlag in Berechnung. Das ergibt für das Jahr 1900 noch

33 M. und im Jahre 1901 30 M., die der Lohnsumme zuzuzählen wären, so daß trotzdem die niedrigste Entlohnung auf den fiskalischen Gruben des Oberberges zu verzeichnen ist, wie überhaupt der fiskalische Bergbau in der Entlohnung seiner Arbeiter noch immer von dem Privatbetrieb im Dortmunder Revier gefolgt wird. Für die preussische Arbeiterfürsorge kein gutes Zeichen, mildert man höchstens in Betracht gezogen werden, daß die Lohnrückgänge in den staatlichen Betrieben nicht so erheblich sind, als im Privatbetrieb, einige Bezirke sogar kleine Erhöhungen aufweisen. Dagegen hat aber der Staat im Kohlenbergbau nicht unter dem geringsten Geschäftskonjunktur zu leiden, da er als eigener Abnehmer seinen Betrieb einen geregelten Abzug garantiert, und im Salzbergbau besteht eine enge Verbindung mit dem Kartell.

Ueberraschend ist, daß die Belegschaft eine erhebliche Steigerung aufweist. Im Jahre 1900 zählte man 447 887 Arbeiter, 1901 stieg die Zahl auf 482 566. Auch das vierte Quartal weist trotz der gesteigerten Arbeitseinstellung keinen Rückgang in der Belegschaft auf, sondern abermals eine Erhöhung von 11 739 Mann. Es ist also anzunehmen, daß sich die Betriebe mit geringeren Arbeitsleistungen einzuschränken suchten, thätiglich wurden denn auch erst in diesem Jahre große Arbeiterentlassungen gemeldet.

Bedeutend unglücklicher gestalten sich aber die Erwerbsverhältnisse für den Bergarbeiter, wenn wir das vierte Quartal in seinem Ergebnis über die Lohnhöhe für sich betrachten. Hier ist der S. A. L. ohne Ausnahme in allen Gruppen des Bergwerkes betriebs abermals gegen den Jahresdurchschnitt zurückgegangen, und zwar treten Schwankungen bis zu 13 Pf. auf. Das Ergebnis liefert wieder den Beweis, wie der Kapitalismus bestrebt ist, die Folgen der schlechten Konjunktur auf die gewiß sehr dürftig bezahlten Arbeiter abzuschieben, die Dividende muß gerechert werden, wenn auch der Arbeiter dabei zu Grunde geht.

Die **Ausfuhrvergütung** ist, wie der Halbzweig-Verband den Werken mitteilt, auf 10 M. pro Tonne festgesetzt. Die Ausfuhrvergütung wird gewährt auf die nachweislich bis zum 30. Juni gethätigten Verkäufe nach dem Ausland, soweit dieselben bis zum 30. September 1902 zur Erledigung kommen, und zwar bis zur Höhe von 30 Proz. der im zweiten Jahresviertel von den Werken des Halbzweig-Verbandes bezogenen Mengen weichen. Die Veranschlagung und Festsetzung der bonifikationspflichtigen Mengen erfolgt ausschließlich durch die Verkaufsstelle, und die Ausfuhrvergütung wird nur auf solche Mengen gewährt, welche die Werke zu ihrem eignen Gebrauch beziehen; auf Halbzweigenden wird eine Vergütung nicht gewährt. Bedingung ist, daß die Abnehmer mit außerhalb des Halbzweig-Verbandes stehenden Werken nicht in Verbindung treten.

Auswärtige Anleihen. Auch auswärtige Staaten bemühten die günstige Lage des Geldmarktes, um ihren Anleihebedarf zu decken. Zunächst ist es England, das uns gleich mit einem Betrage von 398 Millionen Mark befristet. Seine Geldbedürftigkeit ist ein altes Uebel, dem das gegenwärtige Regime wohl nie eine Heilung bringen wird. Der große Bann stellt die Entlastung dar für den Chinafeldzug und soll entsprechend der Tilgung der chinesischen Entschädigungsschuld in 39 Jahren zurückgezahlt werden. Die Garantie ist von derselben Güte als der Schuldner. Auffallend ist es, daß die Franzosen, die besonders Freunde der Russen, diesmal von der Ausdringlichkeit verschont bleiben, und nur die Deutschen und die Holländer der zweifelhaften Ehre teilhaftig werden. Sollte den guten Freunden noch etwas Besonderes befehlen sein? Nicht minder hoffnungsvoll ist eine griechische Anleihe von 85 Millionen Mark für den Ausbau einer Bahnlinie, die zur Auflage angekündigt wird.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die **Einführung einer Arbeitsordnung** beabsichtigt der Verein der Wäch- und Plättanhalts-Inhaber Berlins und der Umgegend. In seiner Generalversammlung gelangte der Entwurf zu einer solchen zur Vorlage und Beratung. Derselbe sah drei Paragraphen vor, welche besagten, daß Accordarbeit nur zu vorher festzulegenden Preisen statzufinden habe, daß Lohnarbeit nur nach vereinbarten Preisen bezahlt werden und daß eine Kündigungsfrist für beide Teile, Arbeitgeber und Personal, ausgeschlossen sein soll. Während die ersten beiden Punkte keinen Widerspruch fanden, wurden gegen die Ausschließung jeder Kündigungsfrist vielfache Bedenken erhoben. Da die Ansichten nicht völlig zur Klärung gelangten, wurde die Beschlußfassung über die Arbeitsordnung vertagt.

Deutsches Reich.

Ausrufl!

Da die Massenanspernung der Weber in Orlitz am 7. März l. J. ihr Ende erreicht hat, hält es die unterzeichnete Kommission für ihre Pflicht, so bald als möglich abzurechnen. Alle Kollegen, welche noch im Besitz von Sammelstücken des Gewerkschaftskartells Orlitz sein sollten, gleichviel ob etwas darauf gezeichnet ist oder nicht, werden gebeten, dieselben bis zum 20. März an den Kassierer Gottlieb Reckmann, Restaurant „Schäfers Ed“, Orlitz, gelangen zu lassen.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Central-Lohnkommission.

J. A. Oswald Heibel.

Die **Entlassungen des derzeitigen „Correspondent“-Redacteurs** unterlagen am Sonnabend in Leipzig der Vegetation des Schöffengerichts. Drei Mitglieder der Buchdrucker-Gewerkschaft hatten gegen denselben Klage wegen Beledigung erhoben. Ein Flugblatt, das — von der Gewerkschaft herabgegeben — den Konflikt in der „Leipziger Volkszeitung“ behandelte, war im „Correspondent“ der Buchdrucker als das „Flugblatt der Pinterions“ bezeichnet worden, die Gewerkschaft wurde Pinterions-Gewerkschaft, die Mitglieder derselben wurden Pinterions genannt. Weiter hieß es, die Pinterions hätten geschworen, auf der Bahn prinzipiellen Streikbrechertums anzuharren. Den in diesem Zusammenhang unverständlichen Namen „Pinterions“ hatte der Käufer erwirkt, weil er in der für den Redacteur eines Arbeiterblattes allerdings sonderbaren mißverständlichen Auffassung steht, mit Pinterions bezeichne man in Amerika — Streikbrecher. Die Verhandlung hatte viermal vertagt werden müssen, weil Angehörige derselben immer wegen Krankheit ferngeblieben war; auch vor dem Friedensrichter war er nicht erschienen, weil er nicht länger mit den Klägern in einem Räume wohnen wollte, als er dazu gezwungen würde. Das Urteil lautete wegen der formellen Beledigungen auf 25 M. Geldstrafe. — Hoffentlich ist damit die Angelegenheit erledigt und das wenig erbauliche Schauspiel einer Klage von Arbeitern gegen Arbeiter findet damit seinen Abschluß.

Die **Stuccature in Dresden** wollen, nachdem die Unterhandlungen mit der Innung resultatlos verlaufen sind, den alten Tarif mit kleinen Abänderungen den Meistern einzeln vorlegen. Bei den Meistern, welche den Tarif bis zum 25. März nicht unterschrieben haben, soll am 1. April die Arbeit niedergelegt werden. — Alle Stuccature werden gebeten, Dresden bis zur Regelung der Verhältnisse zu meiden.

Der **Ausstand bei Adam Schmidt in Saalfeld** dauert fort. Vier von den „Arbeitswilligen“, zwei Pötker, ein Tischler und ein Drechsler, sind wieder abgereist. Die Hartnäckigkeit des Herrn Schmidt wird zur Folge haben, daß er seine alten Arbeiter ganz verliert. Von den Pötkern sind schon 5 Mann abgereist, 3 andere haben in andern Betrieben Beschäftigung erhalten.

Ausland.

Die **Väter-Anspernung in Göteborg.** Das Verhandlungskomitee hat am Freitag wiederum eine Sitzung abgehalten. Der Landesdeputationsrat Lagerberg legte einen Vermittlungsvorschlag vor, der, nachdem beide Parteien darüber diskutiert hatten, von den Vertretern der Arbeiter angenommen, von den Unternehmern aber abgelehnt wurde. Die Unternehmer machten

darauf einen Vorschlag, der von den Arbeitern für unannehmbar erklärt wurde. Somit ist die Sitzung resultatlos verlaufen. —

Der **13. nationale Kongress der französischen Eisenbahner** findet in Paris in den Tagen vom 20. bis 23. März inkl. statt. Die Tagesordnung ist eine sehr reichhaltige und zählt nicht weniger als 20 Punkte, unter denen die Ueberrahme der Eisenbahnen durch den Staat, die Erhöhung der Verbandsbeiträge und die Schaffung einer eignen Verbandsdruckerei die wichtigsten sind.

Sociales.

Beschränkung der Lehrlingshaltung. Der Vorstand des Bundes deutscher Storbacher-Innungen ist beauftragt worden, alle dem Bunde angehörigen Innungen aufzufordern, bei den zuständigen Behörden dahin vorstellig zu werden, daß der seiner Zeit vom Verbandsstabe gefasste Beschluß, daß ein Meister nicht mehr wie drei Lehrlinge zu gleicher Zeit halten dürfe, für die Innungen obligatorisch werde. Veranlassung hierzu bot die Weigerung eines Meisters, diesem Beschlusse nachzukommen, da derselbe keine Geselzeskraft habe.

Das **Gesetz Millerand-Collard**, welches die Arbeitszeit in den Fabriken regelt, tritt mit dem 1. April in seine zweite Phase. Demnach sollte das Gesetz, welches am 30. März 1900 erlassen wurde, die Arbeitszeit in den Fabriken für die ersten zwei Jahre auf 11, die darauf folgenden zwei Jahre auf 10 1/2 und nach Ablauf dieser Frist auf 10 Stunden fest. Das zweite Stadium tritt nun am 1. April d. J. ein. Der Handelsminister hat es nicht für überflüssig erachtet, trotzdem die Thatsache den interessierten Industriellen genügend bekannt sein dürfte, es durch specielles Circular nochmals zur Kenntnis derselben zu bringen. Anderweitige offizielle Veröffentlichungen werden außerdem erfolgen.

Aus der Frauenbewegung.

Der Kampf gegen das Koalitionsrecht der Frauen.

In einer Mitgliederversammlung der Filiale des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes in München-Gladbach verlangte der Polizeikommissar die Entlassung der weiblichen Mitglieder. Diesem Verlangen leistete der Vorsitzende keine Folge; daraufhin löste der Kommissar, trotzdem er auf das Ungeheuerliche seines Handelns aufmerksam gemacht wurde, die Versammlung auf. Gegen das Vorgehen des Kommissars ist Beschwerde erhoben worden. Die Polizeibehörde in M.-Gladbach hatte im vorigen Jahre dieselbe Filiale als einen politischen Verein erklärt und dem Vorstande verboten, weibliche Personen als Mitglieder anzunehmen. Es kam zur Klage und die Polizeibehörde wurde in allen Instanzen abgewiesen. Angesichts dieser Thatsache ist das Vorgehen des Kommissars um so auffälliger und ein leuchtender Beweis für den gesetlichen Sinn und die Gesetzkennntnis der Polizei.

Täpferer Proletarierinnen.

Die Sägewerksbesitzer des Sundvalls-Distriktes in Schweden hatten ihre Arbeiter gezwungen, einen Kontrakt zu unterschreiben, durch den sie sich verpflichteten, keiner Organisation anzugehören. Nun haben sich an ihrer Statt ihre Ehefrauen organisiert, um so ein Abwehrmittel gegen die immer unerschämter werdenden Lohnreduktionen, die man ihren Männern bietet, zu bilden. —

Zu den Gemeindevahlen.

Die **Gemeindevahlen in Nowawed** zeitigten das folgende Ergebnis, daß unsere Genossen Hoffmann, Wagner und Hünze mit 408 Stimmen gewählt wurden, während die Gegner 119—116 Stimmen aufbrachten.

In **Friedrichsfelde** fehlten unseren Genossen nur wenige Stimmen an der Majorität. Während unsere Genossen Pinesler und Rehr 351 bzw. 349 Stimmen erhielten, brachten die Gegner 357 bzw. 358 Stimmen auf. Unsere Genossen wollen die Wahl aufheben.

In **Wetten** wurde gestern Genosse Rudolf Brauer in die Gemeindevetretung gewählt. Unser Genosse erhielt 336 Stimmen, ein Gegner war nicht aufgestellt.

Treptow-Baumschulweg. Heute, Mittwochnachmittag 4 bis 8 Uhr, findet im Paradiesgarten in Treptow die Gemeindevetreterswahl für die III. Abteilung statt. Kandidat der Arbeiter ist der Richter Franz Karow. Versäume kein Parteigenosse, sich rechtzeitig zur Wahl einzufinden. Die Ergebnisse der Erstwahlen im vergangenen Herbst haben gezeigt, daß das Resultat der Wahl von einigen Stimmen beeinflusst werden kann. Die fällige Vereinsversammlung fällt der Wahl halber aus.

Aus Orlitz-Lichterfelde schreibt man uns: Unter der Epithete: „In ihrer wahren Gestalt hat sich die Socialdemokratie...“ brachte am Sonntag der hiesige sogenannte „Gemeinnützige“, ein Blätchen gewöhnlichster Sorte, ein Geschreibsel gegen einige hiesige Parteigenossen, die den „Kaiserhof“ zu einer Kommunalwähler-Versammlung in Aussicht genommen und zu diesem Zweck mit dem Orlitzer Höhe Rücksprache gepflogen hatten. Ueber diese Unterredung bringt der „Gemeinnützige“ einen Bericht, in dem es unter andern heißt: „Als ihnen — den Bevollmächtigten der Partei — aber von dem Inhaber des Lokals, Herrn Göge, welcher, nebenbei gesagt, Mitglied des hier bestehenden Militärvereins „Kameradschaft“ ist, bedeutet wurde, daß er sich zur Vergabe seines Lokales nicht verstehen könne, weil er sich dadurch gegen die Satzungen des Vereins auflehnen würde, sich nach einem andern Lokal umzusehen, da beruhigten sich die Herren mit dieser Erklärung keineswegs, sondern kündigten dem vollkommen in seinem Rechte befindlichen Wamen an, daß infolge dessen kein Arbeiter mehr seine Räume betreten würde.“

Das geschah aber nicht etwa in angemessenem Tone, sondern unter so rohen und widerwärtigen Redewendungen, daß die anwesenden Gäste es vorzogen, das Feld zu räumen, und Herr Göge noch geraume Zeit nachher vor Aufregung außer Stande war, wie sonst seine Obliegenheit als Wirt zu erfüllen.“

Diese ganze Geschichte ist erlogen. Schon die Namen der beiden Parteigenossen Benzler und Marquardt sind Würgschaft genug, daß die Verhandlungen in durchaus anständiger Weise geführt wurden.

Und das ist um so selbstverständlicher, als der Wirt des Lokals vorher zweimal in die Wohnung des Genossen Benzler schickte und sagen ließ, daß er seinen Saal zu Versammlungen zur Verfügung stellen wolle. Genosse Benzler begab sich alsdann zu Göge und dieser stellte seinen Saal zu einer öffentlichen Kommunalwähler-Versammlung am 12. März bereit. Am 4. März erhielt dann Genosse Weyler, der mit der Sache gar nichts zu thun hatte, folgendes Schreiben:

Herrn Weyler, den 4./III. 02.

Herrn Weyler!

Betreffs meiner Verpugung mit Ihnen kann ich leider nicht nachkommen. Wie Sie bekannt ist, bin ich aus bloß Wächter hier, ich habe mit der Brauerei Rücksprache genommen, ich wollte es gern, aber ich kann ja nichts machen, weil die Brauerei es nicht zugeht also lehne ich die Versammlung die am 12. d. M. stattfinden sollte hiermit ab. Und zeigen

Ergebenst

Joh. Göge

Kaiserhof hier Orlitz

Auf diesen Brief hin begaben sich die Genossen Benzler und Marquardt zur Brauerei, wo ihnen von den Inhabern derselben erklärt wurde, daß sie von der Sache gar nicht wußten und keinen Anlaß hätten, den Saal zu verweigern. — Der Saalinhaber Göge ließ nun auf Verhalt durchblicken, daß er infolge des auf ihn

geübten Druckes seitens der Gegner und deren Werkzeuge veranlaßt sei, sein Wort zu brechen; er erbat sich noch Bedenkzeit bis zum nächsten Tage nachmittags 1/3 Uhr; um diese Zeit erkundigte sich Genosse Wenzel von Berlin aus telephonisch nach dem Entschlusse des Birtes, der sich nunmehr endgültig weigerte, sein fest gegebenes Versprechen zu erfüllen.

Damit fällt das ganze Eigengebäude des Richterfelds Polizeiblattes vollständig in sich zusammen.

Klein-Schönebeck und Pichtenau. Am Donnerstag, den 20. März, nachmittags von 2-4 Uhr, findet in der Saale des Herrn Wolf in Klein-Schönebeck die Gemeindevahl der dritten Wählerklasse statt. Unser Kandidat ist Genosse Maxter Gustav Schulz. Die Wähler der genannten Ortschaften werden ersucht, trotz der ungünstigen Witterung zu erscheinen, dann wird der Sieg auch unser sein.

Friedrichshagen. Der Gemeindevahlkampf ist beendet. Das Resultat ist: „Der vierte Sozialdemokrat hält seinen Einzug in das Dorfparkament“. Die Gegner hatten große Anstrengungen gemacht; sein und lieblich ist es, wenn Brüder einträchtig bei einander wohnen, waren sie geschlossen gegen die nicht auf dem Boden des Gesetzes stehende Partei“ ausmarschiert. Die Herren vom Haus- und Grundbesitzerverein, vom Reuen und Alten Ortsverein, vom Gastwirtsverein hatten ihre Interessen, Gegenstände und sonstigen politischen Meinungsverschiedenheiten vergessen im Kampfe gegen die unbotmäßigen Ruten. Konserervative, Antikemiten, Nationalliberale, Freisinnige, ja sogar „Demokraten“ waren sich einig in der Parole: „Hinaus mit den Sozialdemokraten aus dem Rathaus“. Aber die Disziplin der Arbeiterschaft hatte die Hoffnungen der Gegner arg zu Schanden gemacht. Impassant war der sozialdemokratische Stimmungswach. Das wird ein Ausposten sein, nicht zu ruhen, bis auch das fünfte und letzte Mandat der dritten Klasse von den Sozialdemokraten besetzt ist.

Aus Friedenau wird uns zu den Gemeindevahlen geschrieben, daß man aus wohlwolligen Gründen diesmal von einer Betätigung abgesehen hatte. Steglitz und Friedenau bilden zusammen einen Wahlverein. Da an beiden Orten der Partei keine allzu zahlreichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, so hatten die Mitglieder beschlossen, ihre ganze Kraft auf Steglitz zu konzentrieren, wo ihr Wirken ja auch, wie der Sieg ihres Kandidaten Schellhase und die bei den Wahlen erzielte hohe Stimmenzahl zeigt, von einem über Erwarten günstigen Erfolge gekrönt war. In Friedenau hätte auch eine noch so rege Agitation kein günstiges Ergebnis gehabt, da nur verhältnismäßig wenige Arbeiter am Orte wohnen. Um einer Zerstückelung der Agitationskräfte vorzubeugen, beschlossen die Parteigenossen daher, sich an diesem Orte überhaupt nicht an den Gemeindevahlen zu beteiligen, so daß die Meldung von einer Kandidatur auf einem Irrtum beruht. Im übrigen werden die Parteigenossen dafür sorgen, daß trotz des ungünstigen Bodens auch in Friedenau unsere Bewegung fortschreite.

Spandau. Die Ersatzwahl für den verstorbenen Stadtverordneten Wagers (der dritten Abteilung) ist vom Magistrat auf Freitag, den 4. April d. J., und zwar in der Zeit von 10-11 Uhr und 5-7 Uhr festgesetzt worden. Diejenigen Wähler, deren Name mit einem der Anfangsbuchstaben A bis H beginnt, wählen im Saale von Mäggenburg, Fischerstr. 9, I bis R wählt in der Palme, Ritterstr. 12, und S bis Z im Roten Adler, Potsdamerstr. 6.

Versammlungen.

Eine Herren-Moh- und Moh-Konfektionschneider-Versammlung tagte am Montag in Hübners Gesellschaftslokal, Chausseestraße, und besaßte sich mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen in den drittklassigen Geschäften und mit den gegenwärtigen Vorgängen im Schneidergewerbe. Der Referent Ritter schilderte eingehend, wie durch die eigentümlichen und verschiedenartigen Produktionsverhältnisse im Schneidergewerbe eine so schrankenlose Ausbeutung möglich wird, und wie durch den Mangel an Organisation die Arbeiter nicht imstande sind, einen bestimmenden Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuüben. Ein besonderes Uebel bildet die sogenannte Moh-Konfektionsarbeit, die einerseits dazu dient, die etwas besseren Verhältnisse der Mohschneider zu untergraben, ohne den Konfektionsarbeitern dauernde Vorteile zu bringen, durch die andererseits das laufende Publikum überfordert wird und die in dieser Hinsicht als unlauterer Wettbewerb anzusehen ist. Des weiteren geht der Redner auf die Bezahlung in den Geschäften für minderqualifizierte Arbeit ein und weist darauf hin, daß es überaus ist, wenn die Arbeiter die Lohnherabsetzungen durch immer größere Ausbeutung ihrer Arbeitszeit auszugleichen suchen, anstatt sich unter einander zu verständigen und sich zu organisieren. Dann geht der Referent auf die gegenwärtigen Lohnbewegungen im Schneidergewerbe ein und schildert besonders den bisherigen Verlauf des Mühlener Streiks. Nach einer vorliegenden Mitteilung zu urteilen, wird bei den Berliner Firmen Cohn u. Sohn, Fabisch u. Laband, Gottschalk Söhne und Elsbach Streitarbeit gemacht. Es muß mit aller Kraft danach gestrebt werden, daß die Anfertigung von Streifarbeit verhindert wird. Dort, wo nachweisbar solche Arbeit hergestellt wird, muß eventuell in den Streik getreten werden. — In der Diskussion wurden eine Anzahl Geschäfte genannt, wo besonders schlechte Verhältnisse bestehen, wobei auch die Firma Paer Sohn erwähnt wurde. Tatarow stellte zwei Fälle plötzlicher Entlassung mit, die offenbar nicht mit guten Gründen motiviert werden konnten. Der eine Fall betrifft einen Arbeiter, der 10 Jahre bei Cohn u. Sohn thätig war, der andere einen Arbeiter, der im Geschäft von Weltmann Raschfolger thätig war. In diesem Geschäft besteht auch die Einrichtung, daß die Arbeiter, die immer nachmittags 5 Uhr ausgehen werden, bis zum anderen Tag zur selben Zeit fertig sein müssen, wodurch die Arbeiter gezwungen werden, Tag und Nacht zu arbeiten. — Am Schluß der Versammlung wurde mehrmals darauf hingewiesen, daß eine Beseitigung der vielen Uebelstände nur durch eine feste Organisation zu erreichen ist.

Eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung, die am Montag im „Englischen Garten“ tagte, sollte, wie der Referent Herrmann sagte, die Antwort der Jünger entgegennehmen auf das Ersuchen des Gesellenauschusses, in Verhandlungen einzutreten wegen der Durchführung des reduzierten Minimaltarifs. Die Jünger haben bis jetzt noch nicht geantwortet, ob sie für die Durchführung ist und ob sie überhaupt zu Verhandlungen bereit ist. So lange aber die Haltung der Arbeitgeber nichts bekannt sei, müßten sich die Arbeitnehmer darauf einrichten, nötigenfalls durch Arbeitsverweigerung die Durchführung des Tarifs zu erzwingen. Sollte es zu einer Vereinbarung kommen, dann müßte sich die Jünger verpflichten, durch ihren Arbeitsnachweis Stellen nur zu tarifmäßigen Bedingungen zu besetzen. Weiter führte der Referent aus, die Jünger habe ein Bescheinigungsbuch eingeführt, welches die Arbeitsbedingungen enthält, die jeder Arbeitnehmer unterschreiben solle. Es ist dies ein Kontrollbuch noch vor ein paar Jahren Zeit von der Tischler-Jünger vorgelegt. Das jetzt im Schuhmachergewerbe eingeführte Kontrollbuch enthalte unter anderem den unangenehmen Passus, daß für fehlerhafte Arbeiten Schadenersatz vom Lohn abgezogen werden solle. Dieser Passus mache das Kontrollbuch für die Arbeitnehmer unannehmbar. Gegen die sonstigen Bestimmungen ließe sich nicht viel einwenden. Der Referent schlug vor, wo das Kontrollbuch vorgelegt wird, solle die Unterschrift verweigert werden. Die Ortsverwaltung des Verbandes soll bei der Jünger vorstellig werden, um die Streichung der bezeichneten unangenehmen Bestimmungen zu erwirken. — Nach eingehender Debatte stimmte die Versammlung durch Annahme einer entsprechenden Resolution dem Vorschlage Herrmanns zu.

Eine Arbeiterversammlung, die von beiden Organisationen einberufen war, tagte am Sonntag bei Jannasch, Inselstraße. Straffer berichtete über den Erfolg des Streiks. Bewilligt haben bis jetzt 70 Firmen, nicht bewilligt haben 20 Firmen, größtenteils solche, die schon lange als schlechte Zähler bekannt sind.

254 Arbeiter arbeiten zu den neuen Bedingungen, während sich 13 noch im Streik befinden. Der Redner bezeichnet die Resultate des Streiks als verhältnismäßig gute und empfiehlt namens der Lohnkommission der Arbeiter und der Sektionsleitung der Arbeiter des Verbandes, den allgemeinen Streik für beendet zu erklären, ohne daß dadurch der Kampf gegen die Firmen, die nicht bewilligt haben, aufgegeben werden soll. Dem entsprechend wurde nach längerer Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung der Arbeiter Berlins und Umgegend beschließt, daß der größte Teil der in Frage kommenden Unternehmer, und zwar die maßgebendsten, den Tarif für Arbeiterarbeit anerkannt und unterschrieben hat, den allgemeinen Streik zu beenden. Dagegen bleiben die Firmen, bei denen Forderungen gestellt wurden, von denselben aber nicht durch Unterschrift anerkannt sind, so lange gesperrt, bis sie den Tarif unterschrieben haben. — Die Versammlung erklärt ferner, daß bei keinem Unternehmer unter den Tarifpreisen gearbeitet werden darf; die Kollegen sind verpflichtet, sofort, wenn Abzüge und Tarifdurchbrechungen versucht werden, dem Vorstand ihrer Organisation Mitteilung zu machen und jede Konsequenz zu ziehen. Ueber weitere Maßnahmen wird in öffentlichen Arbeiterversammlungen beschlossen werden. Unbedingt ist jeder Arbeiter verpflichtet, für Stärkung und Ausbau der Organisation einzutreten.“

Der deutsche Metallarbeiter-Verband nahm in einer überaus stark besuchten außerordentlichen Generalversammlung, die am Sonntag bei Buggenhagen stattfand, Stellung zur diesjährigen Waisfeier. Nach einem kurzen Referat Cohens beendete die Versammlung ihre Stellung durch Annahme folgender Resolution: „1. In allen Betrieben, wo 1/3 der dortselbst beschäftigten Arbeiter vollberechtigte Mitglieder einer Organisation sind, sind dieselben verpflichtet, durch je eine Abstimmung einen Beschluß über die Arbeitsruhe am 1. Mai herbeizuführen. Entschieden sich die Majorität für Arbeitsruhe, so hat sich die Minorität diesem Beschluß zu fügen. Der Ortsverwaltung ist spätestens 10 Tage vor dem 1. Mai von dem Beschluß Kenntnis zu geben. 2. Eine Beschlusfassung über die Arbeitsruhe am 1. Mai darf in keiner Gruppen- oder allgemeinen Versammlung gefaßt werden. 3. Aussperrungen und Mahregelungen wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai dürfen nicht mit Forderungen unsererseits beantwortet werden. 4. Bei Aussperrungen oder Mahregelungen wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai erhalten die davon betroffenen Mitglieder der Verwaltungsstelle Berlin Mahregelungs-Unterstützung gemäß § 3 des Ortsstatuts.“ Im zweiten Punkt der Tagesordnung: Wahl eines Bibliothekars, wurde von fast allen Rednern die Notwendigkeit eines händigen besoldeten Bibliothekars anerkannt und wurde hierauf als solcher Louis Müller, früherer Redakteur der Fachschrift der Formier „Blat auf“, per Acclamation einstimmig gewählt. Einem Antrage Schingler gemäß, eine besondere Bibliothekskommission zu wählen, wurde stattgegeben und wurden in dieselbe Louis Müller, Schingler, Vogel, Reugler und Wolfram gewählt. Zum Schluß gab Cohens noch bekannt, daß die beschäftigten Kollegen in der Automobilfabrik zu Mariensfelde, 250 an der Zahl, wegen Reducierung der Löhne in den Ausstand getreten sind, und bittet, dieselben in jeder Weise moralisch zu unterstützen.

Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Möbelpolierer beschloß, die Filialen von Berlin und Umgegend in eine einzige Filiale zusammenzuliegen. Die Vorstandswahl hatte folgendes Resultat: Vorsitzender G. Schulz, Kassierer R. Storbach, Schriftführer Otto Müller H. Als Bezirksleiter wurden gewählt: für Ost-Brandenburg, E. O. Schneider, Norden Kaufmann, Niddorf Wegerich, Friedrichsberg Giebel, Weissensee Schulz; in den Anschließ Siloff, Amelungen, Volk, Leander und Dörrich. Abwam berichtet Schulz über den Streik in der Möbelfabrik Eiche, wo den Kollegen 1,50 M. pro Woche in Abzug gebracht war. Durch das geschlossene Auftreten der dort beschäftigten Polierer konnte die Sache zu ihren Gunsten beigelegt werden. Ferner wurden die Aussperrten der Uniongesellschaft als gemahregelt betrachtet.

Die Vereinigung der Maler, Lackierer etc. hielt am 13. März eine gemeinsame Versammlung der Filialen von Berlin, Charlottenburg und Niddorf ab, in der der Bericht vom Provinzialtag entgegen genommen wurde. Berichtsfatter war Jakobitz; seine Ausführungen wurden von Eufschold und Klotz ergänzt. Vor der Wahl der Agitationskommission appelliert Höfs an die Versammlung, auch einen Kandidaten in dieselbe zu wählen, jedoch verzögerte sich die Kommission wurden Riepe, Nebel und Horn gewählt.

Schöneberg. Zum vergangenen Donnerstag hatte die Kommission der vereinigten hiesigen Orts-Krankenkassen eine öffentliche Versammlung einberufen, um Aufklärung zu schaffen und Stellung zu nehmen in Sachen des Richterfelds Kreis-Krankenkassen. Welche Bedeutung diese Angelegenheit in den detaillierten Artikeln angenommen hatte, beweist der Umstand, daß das geräumige Obsteckel Lokal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Auch den größten Teil der Schöneberger Ärzte und eine große Anzahl Mitglieder des Naturheilvereins sah man vertreten. Dr. med. Höder-Schöneberg streifte auf Grund des vorhandenen Materials und an der Hand von Berichten und Statistiken über die genannte Anstalt die Erfolge der Behandlungsweise und stellte diesen gegenüber diejenigen in anderen Krankenhäusern, speziell die hohe Sterblichkeit an Diphtherie-Erkrankungen im Kreis-Krankenkasse, die vielleicht mit durch das Fehlen einer chirurgischen Station verursacht wird. Gerade die arbeitende Bevölkerung habe ein Interesse daran, daß eine in jeder Beziehung vertrauenswürdigere Behandlungsweise seitens des Leiters der Anstalt, Professor Schweininger, den Patienten gegenüber Platz greife. — Von verschiedenen Seiten wurden dann noch einige die Mühsände beleuchtende krasse Beispiele vorgeführt, die ja auch schon den Weg in die Öffentlichkeit gefunden haben. Leider nahm die folgende Diskussion einen Charakter an, der den eigentlichen Zweck der Versammlung verzierte und nur zu einer Polemik mit den Anhängern der Naturheilmethode führte, so daß eine Resolution, die das Gebahren des Leiters der Anstalt verurteilte und sich mit der von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossenen Sperrung des vertragmäßig zu leistenden Beitrages von 52 500 M. einverstanden erklärte, nicht mehr zur Abstimmung gelangte. Die Besprechung der Angelegenheit soll vielmehr in einer nächsten Versammlung fortgesetzt werden.

Röpenitz. Am Dienstag, den 11. März hielt der hiesige sozialdemokratische Wahlverein eine Versammlung im Lokal des Herrn Ludwig, Marienstr. ab. Max Kiesel, Berlin referierte über „Die Welt- und Heimatspolitik des Reichstagslers“. Die aufbelegte Versammlung folgte mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen des Redners, welcher den Jidgah-Nurs unserer Weltpolitik einer scharfen Kritik unterzog.

Waldmannslust. Am Sonntag tagte hier eine Volks-Versammlung. Genosin Ida Altman sprach über: „Die Bedeutung des 18. März für die arbeitende Bevölkerung.“ Langanhaltender Beifall lohnte am Schluß die Rednerin für ihren trefflichen Vortrag. Unter Verschiedenes wurden die Anwesenden auf die noch stattfindenden Gemeindevahlen in Dalldorf und Vorkirchwald, sowie in Tegel aufmerksam gemacht und aufgefordert, noch recht fleißig bis zu den Wahlen zu agitieren, da die Gegner sich vereinigt haben, um auch diesmal zu verhindern, daß sozialdemokratische Vertreter in die Gemeindevertretung hineinkommen. Die Versammlung wurde mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Central-Verband der Handlungsgeschäften und Gehilfen Deutschlands. (Bezirk Berlin.) Mittwochabend 9 Uhr in den Kriminellen, Kommandantenstraße 20. Vortrag des Rechtsanwalts Victor Brantel: „Dezenwahnen.“ Gäste sind willkommen.

Literarisches.

Von der „**Kommunalen Praxis**“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt (herausgegeben von Dr. Albert Südekum, Verlag von Roden u. Co. in Dresden) ist die Nr. 6 des zweiten Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Praktische sozialdemokratische Kommunalpolitik. — Zum Berliner Konflikt. — Die Kommunalabgaben auf Lebensmittel. — Kommunales Wahlrecht. — Kommunalwahlen. — Arbeiterverhältnisse. — Die Gemeinden und die Arbeitslosigkeit. — Wohnungswesen. — Die Kommunalwahlreform in Magdeburg. — Randschau.

Die „**Kommunale Praxis**“ erscheint am 1. und am 15. jeden Monats. — Preis vierteljährlich 1 M. Sämtliche Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 4116), Zeitungs Expeditionen und Buchhandlungen nehmen Bestellungen an.

Der Verlag bittet uns noch um Veröffentlichung des Folgenden: Der erste Jahrgang der „Kommunalen Praxis“ ist seit längerer Zeit schon vollständig vergriffen. Da aber immer noch Nachbestellungen und Anfragen einlaufen, so würde der Verlag einen vollständigen Neudruck besorgen lassen, wenn durch genügende Vorausbestellungen eine Dedung der Kosten zu erwarten stände. Interessenten werden deshalb gebeten, Bestellungen möglichst bald an den Verlag von Roden u. Co., Dresden, Zwingerstr. 22 zu richten. Den sozialdemokratischen Vereinsbibliotheken, Gemeindevertretern, Agitationskommissionen usw. bietet sich hier die Gelegenheit, ein sehr reichhaltiges und dauernd wertvolles Material zu den Fragen der Gemeindepolitik zu erwerben.

Die Partei- und Gewerkschaftspresse wird im Interesse der Sache um Nachdruck dieser Notiz erucht.

Reichstagswahl in Rastenburg-Gerdauen.

Ueber den Ausfall der gestrigen Wahl erhalten wir folgendes Telegramm:

Gerdauen, 18. März. (B. Z. V.) Bei der heutigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise 10. Königsberg (Rastenburg-Gerdauen-Friedland) erhielten nach den bisherigen Zählungen von Rautens (kons.) 9310, Duly (freil.) 4934, Ehardt (soc.) 3204 Stimmen. Aus einigen ländlichen Ortschaften steht das Ergebnis noch aus.

Obwohl das endgültige Resultat noch aussteht, so läßt sich nach den vorliegenden Zahlen schon konstatieren, daß die Protowidergegner eine enorme Zunahme der Stimmen zu verzeichnen haben. Im Jahre 1898 erhielt die freisinnige und sozialdemokratische Partei zusammen 6108 Stimmen, gestern dagegen 7798, also eine Zunahme von 1690 Stimmen. Und dies unter der Parole des Protowüchters in einem rein ländlichen Wahlkreise.

Der Wahlkreis wurde von dem verstorbenen Graf Altdorffström vertreten, der 1898 mit 9131 Stimmen über 3263 sozialdemokratische, 2845 freisinnig-vollsparteiliche und 122 Centrumsstimmen siegte.

Der Wahlkreis gehört zu denjenigen ländlichen Bezirken Ostpreußens, in denen der plötzliche Aufwuchs der Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen die Jünger aufs äußerste erschreckte; denn noch 1893 wurden nur 675 Stimmen für die Sozialdemokratie, 1874 bis 1887 überhaupt keine abgegeben.

Mit zwei Ausnahmen war der Kreis stets konservativ vertreten. Nur 1874 siegte in der Stichwahl ein Nationalliberaler und 1881 ein Fortschrittler.

Der diesmalige Wahlkampf wurde von den Konservativen mit der äußersten Brutalität geführt. Ihre Wahlumgebungen gegen die Sozialdemokraten frokten von den elendesten und dümmsten Lügen und Verleumdungen. Unsere Partei trieb eine unisoffende Agitation durch Flugblätter, die dann von den Gutsherren, Gemeindevorstehern, Genannten den Leuten wieder abgenommen wurden. Die Agrarier und die ihnen willfährigen Elemente schredten selbst vor rohesten Gewalttaten nicht zurück. Unsere Parteigenossen, die opfermutig die Agitation besorgten, seigten sich geradezu Lebensgefahren aus.

Am letzten Sonntag waren wieder 140 Genossen von Königsberg in den Kreis gekommen, um ihn noch einmal mit Flugblättern und Stimmzetteln zu belegen. Auf einem Gute wurde, wie unser Königsberger Parteiblatt berichtet, einer unserer Verteiler derartig brutal gemißhandelt, daß er besinnungslos fortgeschafft werden mußte. Bei dem Doctre Schlumpen im Kreise Rastenburg verfolgte der Feigling Karl Möhring, hoch zu Ross, drei Verteiler. Einige mit Stimmzetteln besetzte Knechte begleiteten ihn. Unsere Genossen wurden von dem Möhring in der unfähigsten Weise beschimpft und konnten sich nur mit Mühe davor schützen, daß sie von dem Herrn über den Haufen geritten wurden. Möhring wollte die Verteiler zwingen, nach seinem Hof zurückzukommen. Unterhalb Stunden lang hielt der Mann unsere Leute fest. Erst dann konnten dieselben ihren Weg fortsetzen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Unterhaus.

London, 18. März. (B. Z. V.) Claude Lowther fragt bezüglich der vielfachen Angriffe der Boeren auf die englischen Truppen, die in Khaki-Uniformen ausgeführt wurden, welche Schritte die Regierung zu thun gedenke, um die Wiederholung solcher Dinge vorzubeugen. Brodrick erwidert, nach dem Kriegsgesetzbrauch civilisierter Nationen hätten die Boeren, welche in englischen Uniformen gefangen genommen wurden, verurteilt, nach Aburteilung durch ein Kriegsgericht erschossen zu werden. Richener habe auch in gewissen Fällen diese Strafe verhängt. Wilson fragt an, ob Brodrick wisse, daß die regulären Boerentruppen bereits lange, ehe dieselbe von den Engländern angenommen worden sei, Khaki-Uniformen getragen hätten. Brodrick erwidert, daß dies die Boeren nicht im geringsten dafür entlaste, daß sie Uniformen trügen, welche englischen Truppen abgenommen und mit den unterscheidenden Abzeichen der englischen Armee versehen seien.

Frankfurt a. M., 18. März. (B. Z. V.) Bei der Straßburger Filiale der Oberheinhischen Bank in Mannheim ist die Direktion dieser Tage einer Defraudation auf die Spur gekommen, und zwar handelt es sich um Unterschlagungen von Coupons im Betrage von etwa 80 000 Mark. Durch rasches Eingreifen sind, wie die Verwaltung mitteilt, die sämtlichen entwendeten Coupons bis auf einen ganz unbedeutenden Betrag bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Defraudanten wieder in den Besitz der Bank gebracht worden, so daß ein Verlust nicht eintritt.

Lissa (Polen), 18. März. (B. Z. V.) In der heutigen Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer wurde Probst Dr. Kurylski aus Kosten wegen Verleumdung des Lehrerkollegiums der katholischen Schule in Weichen zu einer Geldstrafe von 200 M. verurteilt.

Jena, 18. März. (B. Z. V.) Heute vormittag stürzte unter großen Getöse eine 200 Meter lange über die Theiß führende Holzbrücke ein; ein Transportdampfer, welcher gerade unter der Brücke hindurchfuhr, wurde stark beschädigt. Menschen sind, soweit bisher festgestellt ist, nicht ums Leben gekommen.

Saar, 18. März. (B. Z. V.) In der zweiten Kammer erklärten die Minister des Aeußeren und des Krieges auf eine Anfrage des Sozialisten Schaper, es bestehe nicht die geringste Beziehung zwischen der niederländischen Regierung und in der Schweiz oder anderswo thätigen Werbern, welche zum Militärdienst in Niederländisch-Indien auffordern.

C. Weese, 18. März. (B. Z. V.) Heute nach mitternacht wurden hier zwei Erdhöfe verspürt, die mit starkem Getöse verbunden waren.

Belgrad, 18. März. (B. Z. V.) Die Slupschina beschloß, dem in Prozesse wegen des Morbatschlages auf König Milan seiner Zeit in 20 Jahren Kerker verurteilten und inzwischen begnadigten Obersten Wlajko Kobilitsch den rückständigen Pensionsbetrag auszusahlen.

Im Friedrichshain.

Diesmal wollte keine Märzsonne den Frühling verkünden. In langen Strahlen rann der Regen herab, trübselig und trübende Stimmung um sich verbreitend. Bei solchem Wetter ist es ein doppelt saures Geschäft, die Ordnung aufrecht zu erhalten, wenn sie irgendwo gestört wird. Im weiten Umkreis um den Friedrichshain waren Schulleute, Wachmeister und Polizeileutnants aufgestellt, denen die Regentropfen vom Helm herabtröpfelten und die alle mürrisch darüber schienen, daß sie sich in so widerwärtigem Wetter einem zwecklos scheinenden Nichtstun hingeben müßten. Nur einer war unter den Offizieren, der alle seine Sinne zusammennahm und scharf ansah, sobald ein Kranz mit roter Schleife in Sicht war. Dann las er im Fluge die Aufschrift durch, und kam ein verdächtiges Wort darin vor, so war es alle mit der Widmung. Auch uns erging es schlecht. Eine Sentenz aus Strohdmanns Gedichten hatten wir diesmal unsern Kranz beigegeben:

Sie ist nicht tot, ihr könnt sie nicht erschlagen, Sie läßt ob eurem Wüten, eurem Drohn, Ob ihr sie hundertmal zu Grab getragen, Unsterblich lebt die Revolution.

Eine lachende Revolution — das war neu und daher doppelt verdächtig. Die Schleife des „Vorwärts“ wurde konfisziert. Nicht besser erging es unsern Freunden aus dem 5. und 6. Wahlkreis, die schon den Unmut des unten am Wege stehenden Polizeileutnants erregt, als sie mit zwei großen Kränzen und prächtigen roten Schleifen auf einem Breal die Landsberger Allee hinaufführten. Dem Aufscher wurde sofort Halt geboten, die Hebelhüter notiert und schließlich fiel auch die Widmung der Schleife — Wenn auch so manche Tapferen fielen, Wir und die Späteren werden's führen — der strengen Zensur.

Am 18. März steht es immer aus, als ob das alte Preußen noch einmal versuchen wollte, sich auf festem Fuß zu stellen. Die Schulleute werden nicht müde, den Pilgern zu Deutschlands Ehrenstätte im strengen Ton Anweisungen zu geben. Sie ahnen nicht, die Guten, daß ein solcher Ton heutzutage ein Anachronismus ist, daß durch Schneidigkeit gerade das Gegenteil dessen erreicht wird, was bewirkt werden soll. Daß es mit dem Respekt vor der äußerlichen Form unüberwindlich dahin ist, daß an sie mit dem besten Willen niemand mehr zu glauben vermag, dafür haben im wesentlichen zwei Faktoren gesorgt: der Pöbelkurs auf der einen, die Sozialdemokratie auf der andern Seite. Solche treffliche Winterarbeit von zwei Seiten mußte den Boden unterwühlen und unsicher machen, mußte die Staatsbürger zu der Erkenntnis bringen, daß sich weder durch Glanz und Ritter noch durch forsche Worte jene Entwicklung aufhalten läßt, deren Ende mit der Beseitigung der letzten Reste des Polizeistaates zusammenfällt.

Fröhliches Grün und leuchtendes Rot schimmert von den kalten Büschen und vom regenfeuchten Boden des stillen Winkels im Friedrichshain. Zahlreiche Kranzpenden hat das Proletariat Berlin dargebracht, um seine unter dem Rasen schimmernden Klagen und Gefühlsüberwinden zu ehren, die vor mehr als einem halben Jahrhundert im Barrikadenkampf ihr Leben gelassen haben für Volkrecht und Volksfreiheit. Ehrende Grübe den gesallenen Freiheitkämpfern, und das erste Gelübde, nicht zu ruhen, bis die Ideale erreicht sind, für welche jene Helden einst ihr Blut versprigten: Das ist es, was aus den hier niedergelegten Zeichen der Pietät, und mehr noch aus den Widmungen, welche Kranzschleifen tragen, in eindringlicher Weise spricht. Politische und gewerkschaftliche Organisationen, sowie Arbeiter und Arbeiterinnen aus einer großen Zahl von Betrieben haben Kränze mit roten Schleifen dargebracht. Dazwischen machen sich die schwarzen Kranzschleifen anarcho-syndikalistischer Vereinigungen bemerkbar, sowie eine Anzahl schwarz-rot-goldener Schleifen, die an den in den letzten Jahren zahlreicher als früher vertretenen Kränzen demokratischer und fortschrittlicher Vereine angebracht sind. Ein Kranz mit weißer Schleife rührt von der Stadtverordneten-Fraktion „Neue Linke“ her.

Wenn auch die Polizei die Ehrung der toten Freiheitkämpfer nicht verhindern kann, so wacht sie doch mit bekannter Sorgfalt darüber, daß keine Kranzschleife eine Widmung trage, welche nach polizeilicher Auffassung die Gefahr einer Erschütterung der Grundfesten des Staates in sich birgt, und so hatte, wie schon erwähnt, denn die Schere des Polizeibeamten eine nicht geringe Zahl von solchen „gefährlichen“ Schleifeninschriften ganz oder teilweise gestrichelt. Hier nur einige Stichproben von der polizeilichen Scherenarbeit: An dem Kranz der organisierten Schuhmacher sind noch die bekannten Dichterverse zu lesen:

Der Dienst der Freiheit ist ein strenger Dienst — er trägt nicht Gold, er trägt nicht Kränzen — er bringt Verbanung —. Die Fortschritt dieses Verles hatte die Polizei abgetrennt. Wie darf sie es auch durchgehen lassen, daß der Dienst der Freiheit als der schönste Sieg bezeichnet wird! — An dem von den Sozialdemokraten Berlin gespendeten Kranz hat die Polizeischere einen Schnitt gemacht hinter den Worten: „Ihr färbt rot, Ihr färbt gut, Ihr färbt mit dem eignen Blut“ —. An dem Kranz des Wahlvereins für den sechsten Reichstags-Wahlkreis liest man: „Wenn auch Jahre sind vergangen seit Ihr erschossen, tapfer Streiter, so werden wir nach dem Verlangen, das Ihr gestellt, stets kämpfen weiter, bis wir erreicht das große Ziel, das einst erstrebt im Kampf, Ihr Kämpfer, wenn auch so mancher“ —. Das weitere ist konfisziert. — Ein Kranz von den Mitgliedern der Metallarbeiter-Gewerkschaft in der Alga. Elektricitäts-Gesellschaft trägt die Worte: „Ihr werdet hingehn, aber ohne Klage, kein Auge wird bei Eurem Tod gesehnt, frohlockend hebt mit freiem Flug die Fahle die Freiheit sich aus ihrem Sarkophag“ —. Hier hatte die Polizei den Zensurschnitt gemacht. — Gänzlich der Konfiskation verfallen sind außer den Widmungen der Kränze vom „Vorwärts“, die von den Arbeitern der Eckert'schen Fabrik, den Landorfschen Hausdienern, den Arbeitern der Stockfabrik von Lawy, der freien Vereinigung der Bahnpolier, des Vereins der Maurer Berlin, der zielbewußten Händler, des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, des Wahlvereins für den vierten Kreis Osten, der freien Volkshilfe und verschiedene andre. Nichts, was in charakteristischen Worten die Bedeutung des Gedanktages verberichtet, hat, soweit wir es übersehen konnten, die polizeiliche Zensur passiert.

Wie alljährlich am 18. März, so war auch diesmal die Aufmerksamkeit der Freiheitkämpfer das Ziel, denn viele Tausende von Proletariern und Proletarierinnen Berlin's zueilten. Vom frühen Morgen bis zum Abend, besonders aber während der Nachmittagsstunden bewegte sich trotz des unheimlichen Wetters ein ununterbrochener Strom von Frauen und Männern in Arbeiterkleidern durch die unscheinbare Pforte des Friedhofs. In erstem Schwelgen machten sie den Rundgang um die Grabstätten, den Gesellen ihre Verehrung zollend und sie grüßend in dem Sinne der Verse, die wir auf einem von den Arbeitern der Maschinenfabrik von Keiling u. Thomas lasen:

Du stiller Ruhplatz im Friedrichshain, Du birgst eine Welt voller Schmerzen, Doch alle, die heut die Kränze weihn, Die tragen die Hoffnung im Herzen. Wie sich die Welt auch müht und plagt: Dereinst der Freiheit Morgen tagt!

lokales.

Die diesjährige „März-Zeitung“

gelangt heute als „Oster-Zeitung“ von der Buchhandlung Vorwärts zur Ausgabe. In Wort und Bild bringt diese Festschrift gleich prächtige Beiträge, und daher sind wir sicher, daß sie ebenso wie ihre Vorgängerinnen in der Arbeiterkassen auf eine gute Aufnahme rechnen kann. Der Artikel „Auferstehung“, der Dialog „Frühlingswehen“ und das herrliche Gedicht von Leopold Jacoby „Neuer Menschenfrühling“ nennen wir unter den mancherlei Beiträgen als besonders lesenswert. Der Preis der „Oster-Zeitung“ ist auch diesmal auf nur 10 Pf. bemessen.

Ein böses Ende.

In der Stadtverordneten-Sitzung vom Donnerstag voriger Woche wies der Stadtverordnete Adolf Hoffmann auf die Schauer-geschichten hin, die in den letzten Monaten von bürgerlichen Blättern über die Besuche des kaiserlichen Obdachs verbreitet worden waren, und die der „Vorwärts“ damals sofort für dreifache Erfindungen erklärt hatte. Genosse Hoffmann fragte an, wie sich denn der Magistrat gegenüber diesen Eigenmachrichten verhalten habe. Stadtrat Fischer mußte antworten, daß jene Mitteilungen hauptsächlich nur auf Erfindung beruht hätten, er erklärte jedoch, in Anbetracht der Bedeutungslosigkeit der betreffenden Blätter habe sich der Magistrat nicht veranlaßt gesehen, der Quelle nachzuforschen. Nunmehr wird, aus dem Ratssaal gemeldet, als Verfasser der Schauer-geschichten sei ein im Jahre 1897 aus dem Obdach entlassener Hilfsaufseher H. L. ermittelt worden (die vom Magistrats-Berichtsstatter verhandelte Notiz nennt nur diese Anfangsbuchstaben), der den betreffenden Zeitungen seine Phantasierprodukte unter dem Namen „Hoppe“ zugebracht habe. L. sei Ende voriger Woche von der Kriminalpolizei, die ihn schon länger kenne, verhaftet worden, nachdem er bei der Erhebung eines Honorars die Unterschrift eines Redakteurs gefälscht habe. Dieser Mitteilung wird die Versicherung hinzugefügt, daß der Magistrat und die Verwaltung des Obdachs den vom Stadtv. Hoffmann erwähnten Berichten gänzlich ferngeblieben seien.

Das ist brav vom Magistrat, daß er endlich gesprächiger wird. Der in der Stadtverordneten-Versammlung gemachte Versuch, ihn die Junge zu lösen, scheint also doch nicht erfolglos gewesen zu sein. Vielleicht ärgert sich Magistratsrat nun auch noch zu einem andern Punkte, den wir — neugierig, wie wir nun einmal sind — ebenfalls gern aufklären sehen. Wie steht's denn mit jenen gleichfalls unwarren Nachrichten über das Obdach, die nachweislich nicht von „Hoppe“ oder H. L., sondern von dem Magistrats-Berichtsstatter verbreitet, und nicht bloß von ganz unbedeutenden, sondern auch von angesehenen Blättern aufgenommen worden sind? Von wem mögen sie dem Magistrats-Berichtsstatter eingeblasen worden sein? Die Verantwortlichkeit, mit der sie von der bürgerlichen Presse weitergegeben wurden, dürfte es dem „Hoppe“ (der ja von seiner früheren Tätigkeit im Obdach wissen mußte, wie sehr sie der Wahrheit ins Gesicht schlugen) erst nahe gelegt haben, sich an der magistrats-offiziösen Mohnreiwäsche zu beteiligen. Er hat das natürlich auf seine Art gethan; denn ihm kam es ja nur darauf an, sich ein paar Groschen zu erspäulen. Aber gewirkt haben seine Schauer-geschichten auf die Leser der bürgerlichen Presse in genau demselben Sinne, wie jene unwahren Nachrichten, die der Magistrats-Berichtsstatter sich hat einblafen lassen. Die Wirkung war die, das Gros der Besucher des Obdachs als vollkommenes Gesindel erscheinen zu lassen und so einerseits die Obdachleitung zu entlasten, andererseits alle die zu diskreditieren, die für die Rechte der Obdachlosen eintreten.

Wir finden, daß die Obdachleitung in diesem „Hoppe“ von der rächenden Remeis ereilt worden ist — die Obdachleitung samt ihrer bürgerlichen Schutzhülle! In unserer Nummer 68 vom Sonnabend war diese „bürgerliche Schutzhülle“ durch einen Druckfehler in eine „lächerliche“ verwandelt worden, aber der Druckfehler hat nachträglich recht behalten. Der Obdachleiter hat nun in der That eine Wendung genommen, durch die die Schutzhülle lächerlich gemacht wird. Welche Miße hatte man sich gegeben, für jeden lärmenden Austritt, der im Obdach vorgekommen sein sollte, den „Vorwärts“ verantwortlich zu machen! Mit welchem Eifer wurde die Nachricht kolportiert, der oder der Rosdy habe sich auf die für die Obdachlosen eintretenden Artikel des „Vorwärts“ berufen oder sich seiner guten Verbindungen mit dem Stadtverordneten Hoffmann gerühmt. Aus wollte man die standhaftigen Elemente (an denen es im Obdach ja leider nicht fehlt) an die Rosdy'sche Hänge! Und was kommt heraus?! Der Magistrat und die Obdachleitung müssen von den eignen Rosdy'schen einen Schwindler und Fälscher abschütteln, der sich bemächtigt hat, die Obdachlosen als Radaubruder, Strohe und Verbrecher zu brandmarken, weil er wußte, daß er mit solcher die Obdachleitung entlastenden Darstellung die Stimmung der bürgerlichen Presse und ihres Lesepublikums traf! Selten hat der Versuch, die in der kommunalverwaltung Berlin vorhandenen, von sozialdemokratischer Seite aufgedeckten Mißstände zu bemänteln, für die Lobhudelei der Berliner „Muster-Verwaltung“ ein so böses Ende genommen wie in diesem Obdachstreit.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer Sitzung am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, u. a. folgende Gegenstände der Tagesordnung zu erledigen: Wahl des 3. Beisizers. — Fortsetzung der Berichterstattung des Staatsausschusses über die nachstehend bezeichneten Etats für das Etatsjahr 1902 und zwar: Krankenhaus Roabit, Krankenhaus am Urban, Krankenhaus Ostschinerstraße, Kaiser und Kaiserin Friedrich-Krankenhaus, Irren- und Idiotenanstalt in Dalldorf, Irrenanstalt Herzberge in Lichtenberg, Anstalt für Epileptische „Waldgarten“ bei Wiesdorf, Waden-Anstalten, Desinfektionsanstalt in der Reichsbergerstraße, Heimstätten für Genußende und verschiedene Einrichtungen für die öffentliche Gesundheitspflege. — Berichterstattung über die Vorlagen betreffend das Octostatt II vom 7./19. März 1877 und die Erhebung von Beiträgen in Gemäßheit des § 9 des Kommunalabgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893. — Vorlagen: betreffend die Errichtung eines Hauses für 54 flechte Männer bei der Irrenanstalt Herzberge in Lichtenberg. — Die Uebernahme der „Rudolf-Wach-Stiftung“ in die städtische Verwaltung. — Den Erwerb eines Grundstücks zum Zwecke der Anlage von Brunnen für das Wasserwerk Regel. — Fortsetzung der Berichterstattung des Staats-Ausschusses über die nachstehend bezeichneten Etats für das Etatsjahr 1902, und zwar: Waisenpflege im engeren Sinne, sowie Fürsorge für eingetragene Waisen. — Unterbringung verwaisteter Kinder. — Park- und Gartenverwaltung. — nicht zum Personal-Beholdungsstat gehörige Stellen. — Verwaltung der Bureau-Dienstgebäude und der außerhalb derselben belegenen Bureaus. — Geschäftsbedürfnisse und Prozeßkosten. — Dienst-pensionen, Witwenpensionen und Reisengelder, sowie außerordentlich

bewilligte Pensionen, Unterstützungen und Erziehungsgelder, Straßenreinigung und Beseitigung, Abklärbau, Gemeinde-Friedhöfe, Civilstandsbüro, Kanalisationswerke und Kieselfelder, Hauptkloße der städtischen Werke, Viehmarkt, Schlachthof, Fleischhau auf dem Schlachthofe, Wasserwerke, Markthallen, Hochbau und Straßenbeleuchtung. — Vorlagen, betreffend die Uebernahme des Ortsstatuts für die Skano-Lijation von Berlin — die Anlegung von Straßen auf dem Gelände der Altien-Gesellschaft Neu-Vellevue zwischen der Stromstraße, der Straße Alt-Roabit, der Straße 30, der Levetowstraße und der Spree, sowie einer Fußgänger-Spreebrücke (Abt. VII des Bauungsplanes) und die Ausführung von Neubauten auf den städtischen Kieselfeldern.

Günstige Stadtratswahl. Die am vorigen Donnerstag vollzogene Wahl des Vordirektors Louis Jordan-Charlottenburg zum unbesoldeten Stadtrat von Berlin soll, wie am Dienstagabend in der Fraktion der Alten Linken ausgeführt wurde, gesehlich ungünstig sein. Nach der Städte-Ordnung kann nur ein Bürger von Berlin zum unbesoldeten Stadtrat erwählt werden. Jordan ist aber nicht Bürger von Berlin und wohnt in Charlottenburg, während vorgeschrieben ist, daß die unbesoldeten Stadträte am Orte ihrer Wahl wohnen müssen. Es bleibt der Stadtverordneten-Versammlung, da eine nachträgliche Verleihung des Bürgerrechts nicht zulässig ist, weiter nichts übrig, als auf Antrag des Gewählten ihr das Bürgerrecht zu verleihen und dem Magistrat zu ersuchen, diesem Beschluß beizutreten. Geschieht dies, dann kann die Wahl vorgenommen werden, vorausgesetzt, daß dann auch Herr Jordan schon in Berlin wohnt.

Das Kuratorium des städtischen Central-Viehhoofs beschäftigte sich gestern (Dienstag) eingehend mit der Frage der neuen Ausschreibung, betr. die pachtweise Vergebung der Viehhoofs-Restaurierung und des Hoofs, die Prüfung der eingegangenen Offerten einer Sub-Lommission zu übertragen. Diefelbe wurde sofort gewählt und soll in der auf nächsten Montag anberaumten Sitzung Bericht erstatten. Gegen den Bureauvorsteher, welcher bei der früheren Ausschreibung die Verdingungsbedingungen, angeblich infolge einer telephonischen Anweisung, vorzeitig hat zurückzahlen lassen, ist ein Ermittlungs-verfahren eingeleitet worden.

Der zwischen Volle und Ring geschlossene Vertrag kam gestern in einer Versammlung der Milchcentrale zur Sprache. Die „Voll. Ztg.“ bringt unter andern folgende Mitteilungen über die Verhandlungen: Nachdem Herr Ring sich vergewissert hatte, daß die Verhandlungen nur Eingeladene erschienen waren, stellte sich heraus, daß von den Angerufenen nur ein Viertel erschienen war.

Allen Ansehen nach waren nur solche Genossen und Genossenschaften geladen worden, die mit der Firma C. Volle bis zum 1. April noch einen Vertrag haben. Herr Ring führte sodann aus: Der Zweck der Versammlung sei, den Genossen mitzuteilen, daß es dem Vorstand der Centrale gelungen sei, mit der Firma C. Volle einen Vertrag abzuschließen, der unter den gegenwärtigen Umständen als günstig bezeichnet werden könne. Zunächst sei der bekannte Vollesche Milchlieferungs-Vertrag in zwei Punkten wenigstens zu Gunsten der Produzenten geändert worden. Der Zeitgehalt von 3 Proz. sei auf 2,7 Proz. herabgesetzt worden. Herr Volle zahle nun für den Liter Milch 11 1/2 Pf. frei Berlin, und 2 Pf. solle er an die Centrale zahlen. Der letzte Satz lang sehr matt, so daß er von den meisten überhört worden ist. Der Vertrag dauere bis 1. Oktober 1903, also 1 1/2 Jahre. Herr Ring erwähnte dann festzuhalten, da sonst wieder die Zeit kommen werde, in der sie wie früher 7 bis 8 Pf. für die Milch bekommen würden. Herr von Alvensleben lobte den Vorstand für das erfreuliche Resultat, welches durch diese Abmachungen erreicht worden sei. Einige Genossen fragten aber ganz beherzt an, wie es denn mit dem halben Liter stehe, das die Volleschen Kamen mehr halten, wer dieses halbe Liter bezahle, wer die Gefäße reinige, und wer die Fracht bezahle. Herr Ring teilte jedoch nur mit, daß Herr Volle gestern die erste Milch, und zwar 10000 Liter erhalten habe. Die Centrale müsse der Firma C. Volle die Transportgefäße leihen. Ferner sagt Ring, daß alle gegenseitigen Mitteilungen in den Berliner Zeitungen unvorhän seien, nur die „Deutsche Tageszeitung“ habe die Wahrheit berichtet. Sodann stellt ein Genosse die Frage, ob die Genossen jetzt auch an die Milchhändler zu denselben Bedingungen verpacken könnten. Das bejahte Herr Ring. Darüber, wie die Centrale die 2 Pf. mit Volle verrechne, Kustschuß zu geben, fand Herr Ring nicht für nötig. Zum Schluß der Versammlung teilte Herr Ring mit, daß am 1. April die neue Polizeiverordnung in Kraft trete, in der an Stelle der Vollmilch die Marktmilch tritt. Er bemerkte, daß die „armen“ Milchhändler allerdings den Zeitpunkt der Verordnung hinausgeschoben wissen wollten, weil sie jetzt kein Geld hätten, um die notwendigen Veränderungen, die die neue Verordnung bedingt, auszuführen, aber ihr Einspruch habe nichts genützt. Mit dem Hinweis darauf, daß die Genossen bis Donnerstag früh ihr Einverständnis zu dem Volleschen Vertrag geben müssen, schloß Herr Ring die Versammlung. Was die „Verrechnung“ zwischen der Centrale und der Meierei Volle anbelangt, so weiß das erwähnte Blatt, daß Herr Volle seine Kollerei der Centrale zur Verarbeitung ihrer überschüssigen Milch zur Verfügung stellt und daß er dafür der Verfertigung entlohnen wird, für jedes Liter Ringmilch 2 Pf. an die Centrale abzuführen. Herr Volle hat demnach ein gutes, sehr gutes Geschäft gemacht. Aber auch die Centrale kann zufrieden sein, da sie 30000 Liter abstößt und ihre Kollerei in der Schillingstraße entlasten kann. Ohne das Entgegenkommen Volles wäre ihr Zusammenbruch wohl nur noch eine Frage weniger Tage gewesen.

Sehr schön ist die Harmonie zwischen dem Landwirtschaftsminister v. Roddeleski und Herrn Ring in der Angelegenheit der Milchverordnung. Kein Mensch außer Herrn Ring wußte bis dahin, daß die neuen, der Milch-Centrale günstigen Polizeibestimmungen, welche zum Schaden des Publikums den Zeitgehalt der Milch herabsetzen, zur Wirklichkeit werden sollen.

Den Staat gereizt hat am Montag wieder einmal die fürsorgliche Polizei. Als anlässlich der Verdringung des Genossen Vreichte der Trauerkondukt in die Hermannstraße in Riddorf kam, verlangte die Polizei, die in der Stärke von 8-10 Beamten erschienen war, von den Kranzträgern kategorisch die Entfernung der roten Schleifen. Dem Verlangen mußte, um weitere Störungen zu vermeiden, schließlich stattgegeben werden. Feinlich achtete die Polizei auf dem weiteren Wege darauf, daß auch kein Pfäfel der staatsgefährlichen roten Schleife aus den Taschen der Kranzträger hervorlauge. So etwas erregt „Vergernis“. Bei wem wohl?

Mordversuch und Selbstmord. Im Hause Wendestraße 16 ist gestern eine Bluttat verübt worden und der Thäter hat sich gleich darauf selbst umgebracht. In dem Hause wohnte im Erdgeschosse seit längerer Zeit, der 74 Jahre alte verwitwete pensionierte Kr im i n a l s h u m a n n K r e u z mit seinem Sohne, einem Post-schaffner, der seit Oktober vorigen Jahres verheiratet ist. Der Sohn hatte sich nach dem Tode der Mutter vor zwei Jahren verheiratet, und die junge Frau führte den beiden Männern die Wirtschaft. Der Schwiegervater aber war zu liebenswürdig gegen seine zweiundzwanzigjährige lebenslustige Schwiegertochter und belästigte sie wahrhaftig auch mit ungebührlichen Zummungen. Daher gab es oft Reibereien. Der junge Kreuz gab sich alle Mühe, das Verhältnis zu bessern. Das schien ihm in der letzten Zeit auch gelungen zu sein. Zum 1. April hatte die Familie eine größere Wohnung gemietet. Gestern früh kam es aber plötzlich zur Katastrophe. Nachdem der junge Kreuz in Dienst gegangen war,

Hörten Hausgenossen in der Wohnung einen Wortwechsel. Bald darauf kam die junge Frau heraus, ihr Schwiegervater zog sie aber wieder herein mit den Worten: „Komme nur, mein Tochterchen, ich habe Dir nichts!“ Kaum war die Thür wieder geschlossen, da fielen im Zimmer zwei Schüsse. Im selben Augenblick öffnete sich ein Fenster, und Frau Kreuz stürzte sich blutend und um Hilfe rufend auf die Straße. Hier brach sie zusammen. Während Hausgenossen, Waler, die auf dem Grundstück arbeiteten, und Leute von der Straße sich ihrer annahmen, schloß der alte Kreuz Thüren und Fenster und löstete sich durch einen Revolverbeschuss in die rechte Schläfe. Frau Kreuz wurde zu ihrer Fluchthöhle getragen. Verletzte, die man herbeirief, stellten zwei Schußwunden fest. Der Schwiegervater war ihr nach dem Fenster zu gefolgt und hatte ihr eine Kugel unter die rechte Achselhöhle und eine zweite in den Rücken gejagt. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde die Schwerverwundete nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Die Leiche des alten Mannes brachte man nach dem Schaubause. Der junge Kreuz befand sich während des Dramas auf seiner Dienststelle.

Der „Ganster“ Opiß, der noch immer sein Strafkonto zu begleichen hat, wird allem Anscheine nach strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden können. Bei dem ersten gegen ihn anstehenden Hauptverhandlungstermin wurde bekanntlich beschloffen, Opiß zur Beobachtung seines Geisteszustandes einer öffentlichen Anstalt zu überweisen. Diese Beobachtung hat in Herzberge stattgefunden. Das nunmehr vorliegende ärztliche Gutachten geht dahin, daß Opiß zur Zeit sich im Zustande der Geistesstörung befinde und aller Wahrscheinlichkeit sich auch schon zur Zeit der Straftaten in einem Zustande befunden habe, der nach § 51 des Strafgesetzbuches seine Strafbarkeit ausschließt.

Die Untersuchung des Gatten-Mordversuches in der Straßensiedlung ist jetzt zu einem gewissen Abschluß gekommen. Das bisherige Ergebnis ist, daß man Frau Schilling in Untersuchungs-haft gesetzt, Frau Schneider und deren Sohn, die gestern verhaftet worden waren, dagegen wieder freigelassen hat. Ein Arzt hat bei Schilling eine Gaskvergiftung festgestellt. Seine Frau befreit aber nach wie vor, den Gashahn geöffnet zu haben, spricht vielmehr die Vermutung aus, daß ihr Mann es selbst gethan habe, um sie zu verdächtigen. Faust kann nicht leugnen, daß er mit Frau Schneider und ihrem Sohne Frau Schilling beim „Morden“ geholfen hat, ein Verhältnis mit ihr gehabt zu haben stellt er jedoch in Abrede.

Durch ein Lärmentweck ist in der vergangenen Nacht ein Einbruch veranlaßt worden. Der mehrfach bestrafte frühere Möbel-pollerer Seidlich hatte einer Butterhandlung in der Windstraße 64 einen Besuch zugebracht, überließ aber beim Rekognoszieren das Lärmentweck, das vom Laden nach der Wohnung führt. Als er dabei einbrach, wurde der Geschäftsinhaber sofort geweckt und überraschte ihn bei der Arbeit. Der Verbrecher stieß zwar die Treppe hinauf und versteckte sich in einem Nebenraum, wurde aber bald herausgeholt und der Polizei übergeben. Diese Lärmentwecke haben sich in der letzten Zeit schon öfter bewährt; nur müssen sie so angelegt sein, daß man sie nicht gleich stellt.

Mit einer gefälschten Sammelkarte geht eine unbekante Frauensperson in Schöneberg umher. Sie nimmt Beiträge für das Waisen-Erziehungshaus in Wlöhensee entgegen, um ihre eigene Tasche zu füllen. Daß sie Erfolg hat, beweisen Anzeigen von geprellten Leuten. Die Schwindlerin ist etwa 21 Jahre alt, 1,69 Meter groß, dunkelblond, schlant und blyg. Sie trägt einen Kniezer, ein dunkles Jackett und einen schwarzen Hut und tritt sehr dreist auf.

Von seinem eignen Wagen überfahren wurde gestern, Dienstagvormittag um 10 Uhr in der Schillerstraße zu Charlottenburg der Milchhändler Wilhelm Schöpe aus der Krummstraße 24, als er absparg, um sein durchgehendes Pferd, ein junges Tier, das er sich zur Anstalt geliehen hatte, anzuhäufen. Der Verunglückte erlitt schwere Verletzungen am Oberkörper. Das dabonjagende Pferd wurde dadurch angehalten, daß ihm ein Vierfahrer seinen Wagen quer in den Weg stellte.

Das Polizeipräsidium teilt mit: In der Nacht zum 10. d. M. gegen 1 1/2 Uhr, sprang die Ehefrau R. am Planufer in der Nähe des Urbanhafens, nach vorausgegangenem Wortwechsel mit ihrem Geliebten, in selbstmörderischer Absicht in den Landwehrkanal und ertrank. Der Vorgang soll von mehreren Passanten, die zur Zeit Rettungsversuche angestellt haben, beobachtet worden sein. Personen, die zu dieser Angelegenheit Angaben machen können, werden ersucht, sich in den Vormittagsstunden im Polizeipräsidium Zimmer 334 zu melden oder zu T. R. 2775 IV/16 02 Nachricht zu geben.

Feuerbericht. Auch zweitägiger vollständiger Ruhe hatte die Feuerwehre im Laufe des gestrigen Tages wieder zahlreiche Alar-mierungen zu verzeichnen. Dienstag früh 8 Uhr wurde sie nach der Altonaer Straße 146 gerufen, wo in einer Wohnung des ersten Stockwerks Wanne und Kleidungsstücke Feuer gefangen hatten. Bei den Löscharbeiten zog sich eine Frau Laura Brandwunden an beiden Händen und im Gesicht zu, die ihr von den Samaritern der Feuerwehre verbunden wurden. Kurz nach 10 Uhr war in der Bellermaunstraße 81 durch Ueberlocken von Fett in einer Wäderei Feuer entzündet, das indes im Keime erstickt werden konnte. Ein ähnlicher Brand rief die Wehr Montag gegen Abend nach der Behrenstraße 26a. Löschwehr 40 mußte ein größerer Wohnungsbrand abgelöscht werden, der in der Hauptstraße 106, Immobilien und Kleidungsstücke beschädigte. In der Altonaer Straße 139 mußte Dienstag nachmittags ein Brand abgelöscht werden, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Werten, Gardinen und Kleidungsstücke gingen in der Lurstraße 74 und Reichellstraße 4 in Flammen auf. Außerdem erfolgten noch Feuermeldungen von der Wladimirstraße 16, Neue Jakobstraße 12, Tüftlerstraße 88 und Ackerstraße 68. In allen Fällen handelte es sich jedoch nur um unbedeutende Brände, deren Abkämpfung in kurzer Zeit erfolgen konnte.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung vollzog am Montag in einer außerordentlichen Sitzung die Beratung und Feststellung des Etats für das Rechnungsjahr 1902. Die Verhandlung ging ziemlich glatt von statten. Nur wenige Positionen führten zu längeren Debatten. So verlangte Rosler, daß für das Sehen von Denkmälern, für das Pflanzen von Sträußern etc. auf den Gemeindefriedhöfen Abgaben erhoben würden. Der Antrag wurde abgelehnt. Beim Etat der höheren Schule wandte sich Stadtverordneter Dr. Silberstein (Soc.) gegen die gleichmäßige Erhöhung des Schulgeldes für die Realschule und das Progymnasium von 80 auf 100 M. Die Eltern, die ihre Kinder das Gymnasium besuchen lassen, könnten mehr zahlen. In Berlin begnüge man sich mit einem Schulgeld von 80 M. für die Realschule. Bürgermeister Voigt trat dem Redner entgegen, während Stadtverordneter Dr. Voigt die Mehrheit beschloß nach der Magistratsvorlage. — Die Weisung für die freiwillige Feuerwehre wird von 6000 auf 7000 M. erhöht. — Eine Anfrage des Stadtrats, betreffend den Schulbeitragsstreik gegen die Stadt Berlin, wurde dahin beantwortet, daß anfangs April vor dem Bezirksausschuß Termin anstehe. Bürgermeister Voigt teilte dazu mit, daß der Kultusminister die Regierung veranlaßt habe, die Stadtgemeinde Rixdorf anzuweisen, ihre Ansprüche gegen Berlin mit aller Entschiedenheit zu vertreten. — Unter Armen-, Waisen- und Krankenpflege werden vorgezogen 1850 M. an den Verein Lenzheim für 40 Freistellen in der Sommerpflegestätte zu Schreidehan, 350 M. an den Verein Brandenburgischer Kinderheilstätte in Kolberg für sechs Freistellen, 1000 M. an den Freiwilligen Erziehungsbeirat zur Einrichtung von Ferienkolonien. Stadtr. Rosler beantragt, die letzten 1000 M. zu streichen. Dieser Antrag wird abgelehnt. Es bleibt bei den 1000 M. — Unter „Erwerb von Grundstücken“ werden 150 000 M. an Kaufgeld und Nebenkosten für ein zum Bau einer städtischen Krankenanstalt zu erwerbendes Grundstück eingestellt. — Stadtr. Ostermann (Soc.) schildert die primitiven Verhältnisse in der Rixdorfer Krankenanstalt, die geradezu polizeiwidrig seien, und ersucht den Magistrat, den Neubau beschleunigen zu wollen. Erster

Bürgermeister Boddin meinte, die Notwendigkeit eines größeren Krankenhauses für Rixdorf werde ohne weiteres anerkannt. Die Stadtgemeinde allein könne aber den damit verknüpften finanziellen Anforderungen nicht genügen. Der Magistrat wolle dem Regierungspräsidenten die Dinge klarlegen und ihn bitten, seinen Einfluß höheren Orts dahin geltend zu machen, daß in Rixdorf ein Staatsinstitut errichtet werde, zu dem die Gemeinde beizutragen solle. — Stadtr. Conrad (Soc.) bezweifelte, daß sich der Staat dazu herbeilassen werde, und meinte, die Gemeinde solle sich auf sich verlassen und die Angelegenheit beschleunigen. Aus seinen Erfahrungen als Kassenbeamter teilte Redner verschiedene Thatsachen mit, die erweisen, mit welcher Schwere die Unterbringung von Rixdorfer Kranken verbunden ist. — Der Etat balanziert nach der endgültigen Feststellung mit 2 941 000 M.

Der Steuerplan wird wie folgt festgelegt: Gemeinde-Einkommensteuer 150 Prozent, Gemeinde-Grundsteuer 251 Prozent, Gemeinde-Gewerbesteuer 200 Prozent. Die Betriebssteuer ist im Etat auf 6500 M., die Lustbarkeitssteuer auf 8000 M., die Biersteuer auf 56 000 M., die Hundsteuer auf 81 000 M. veranschlagt.

Einen schauerlichen Selbstmord verübte am Montagabend der Herrmannsplatz 7 wohnhafte 37 Jahre alte Schlosser Wilhelm Holzappel, indem er sich aus seiner im vierten Stock belegenen Wohnung auf die Straße stürzte. Mit gebrochenen Gliedmaßen und schweren inneren Verletzungen wurde er aufgehoben und nach dem Ortler Kreis-Krankenhaus geschafft. Auf dem Transport dahin verstarb er jedoch. Er lebte mit seiner Frau in kinderloser Ehe. Seit 8 Tagen hatte er, nachdem er 4 Monate arbeitslos gewesen, wieder Arbeit, doch war ihm der Verdienst zu gering. Dies wirkte demnach auf seinen Gemütszustand, daß er beschloß, seinem Leben ein Ende zu machen.

Gleichfalls wegen zu geringen Verdienstes vergriffte sich Montagvormittag der in der Treptower Anilinfabrik beschäftigte Arbeiter Stanisli, Erstr. 1 in Rixdorf wohnhaft. St. war krank gewesen und erhielt daher eine leichtere Arbeit, bei welcher er nicht so viel verdienen als früher. Aus Verzweiflung hierüber vergiftete er sich mit Salzsäure. Er starb bald darauf in seiner Wohnung.

Durch das Eis des Müggelsees, das sich am Sonntag bei dem sehr heftigen Südwestwinde in Bewegung setzte, ist dem Besizer des bekannten „Strandlochs“ ein empfindlicher Schaden zugefügt worden. Die etwa hundert Meter lange Dampferbrücke am See ist von sich aufstürmenden Eisschollen zerstört worden. Mehrere Personen, die auf der Brücke standen, vermochten nur mit knapper Not ihr Leben zu retten. — Bei Schmöwitz wurde ein großer Kahn durch Eisschollen so beschädigt, daß er nur mit schnell herbeigerufenen fremder Hilfe gerettet werden konnte.

Gerichts-Beitrag.

Eine Rixdorfer Stadtverordnetenwahl vor dem Ober-Verwaltungsgericht. Wichtige Rechtsfragen wurden wieder in einem Prozeß aufgerollt, den gestern das Ober-Verwaltungsgericht zu Ungunsten des socialdemokratischen Klägers entschieden hat. Am 18. Dezember 1900 war bei einer Stadtverordneten-Erwahl in einem Wahlbezirk Rixdorfs ein Hausbesitzer zu wählen. Die Socialdemokraten hatten den Tischlermeister Schneider als Kandidaten aufgestellt. Als mittags bekannt wurde, Schneider solle nicht als Hausbesitzer bezw. Riehbraucher anerkannt werden, vereinigten sich die Stimmen der später erscheinenden Wähler auf den Kaufmann Kuhlmeß. Es erhielten Schneider 109 Stimmen, Kuhlmeß 102 Stimmen, der bürgerliche Kandidat Steinmetzmeister Widel 6 Stimmen und der Schlossermeister Donner 3 Stimmen. Der Wahlvorstand vertrat nun nach der Wahl die Feststellung des Resultats auf den anderen Vormittag, um erst die Wählbarkeit Schneiders und Kuhlmeßs festzustellen, und erklärte dem Herrn Widel mit seinen 6 Stimmen für gewählt, indem er die für Schneider und für Kuhlmeß abgegebenen Stimmen als ungültige Stimmen nicht mitzählte, weil jene beiden Kandidaten nicht vollständige Hausbesitzer oder Riehbraucher im Sinne des § 16 der Städte-Ordnung seien. — Der Parteigenosse Pohl legte Einspruch ein und klagte, als die Stadtverordneten-Versammlung die Wahl Widel für gültig erklärte. Der Bezirksausschuß gab der Klage statt und erklärte Widel Wahl für ungültig, weil dem Wahlvorstand eine Nachprüfung der passiven Wählbarkeit des Kandidaten nicht zustehe und er deshalb auch die Stimmen für Schneider und Kuhlmeß auf keinen Fall hätte für ungültig erklären dürfen. Er hätte vorzuziehend eine Stichwahl ausgeschrieben und es später der Stadtverordneten-Versammlung überlassen müssen, sich über die Gültigkeit der Wahl selber schlüssig zu machen.

Gestern beschäftigte sich nun das Ober-Verwaltungsgericht mit der Verurteilung der Stadtverordneten-Versammlung. Diese war durch Bürgermeister Voigt, der Kläger, Schriftführer Pohl, durch Rechtsanwalt Wolfgang Heine vertreten. Beide Vertreter legten des längeren ihren gegenseitigen Standpunkt, auch bezüglich der Handhabungsqualität von Schneider und Kuhlmeß dar.

Der zweite Senat unter dem Vorsitz des Herrn v. Noon hob die Vorentscheidung auf und erklärte die Wahl Widel mit folgender Begründung für gültig:

Die Feststellung des Wahlergebnisses durch den Wahlvorstand am Tage nach der Wahl sei nicht geschwändrig. Auch nehme der Senat an, daß der Wahlvorstand, da er das Ergebnis festzustellen habe, nicht nur das Recht haben müsse, sich die Wähler anzusehen, sondern auch das, die Wählbarkeit der Kandidaten nachzuprüfen und das Ergebnis dieser Nachprüfung zu berücksichtigen. Im anderen Falle könnten gültige Wahlen mit Verzichtigkeit verhindert werden und das könne das Gesetz nicht gewollt haben. Sei in einem Wahlbezirk nur ein Stadtverordneter zu wählen und müsse dieser ein „Hausbesitzer“ (Eigentümer, Riehbraucher etc.) sein, dann sei jeder, der in diesem Wahlbezirk einen nicht-Hausbesitzer wählt, so zu behandeln, als wenn er komme und sage: Ich wähle gar nicht! Seine Stimme sei ungültig und nicht mitzuzählen. Somit komme es hier darauf an, ob Schneider mit seinen 109 Stimmen und ob Kuhlmeß mit seinen 102 Stimmen Hauseigentümer bezw. Riehbraucher im Sinne des § 16 der Städte-Ordnung seien. Schneider, bei dem das Riehbraucherrecht am Hause seiner Frau beauptet werde, könne deshalb nicht als Riehbraucher anerkannt werden, weil sein Riehbraucherrecht am Wohnlage noch nicht in das Grundbuch eingetragen gewesen und deshalb nicht dinglich im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs gewesen sei. Bedenklicher sei die Sache bei Kuhlmeß. Ihm gehörten 17 Ackerzettel und seiner Frau nur 1 Ackerzettel des Hauses. Dazu werde vom Vertreter des Klägers noch behauptet, daß Kuhlmeß an dem letzten Ackerzettel das Riehbraucherrecht zustehe. Das Gericht nehme nun aber doch an, daß selbst wenn K. das Riehbraucherrecht an dem letzten, ihm nicht gehörigen Ackerzettel des Hauses zustehe, er trotz seiner 17 Ackerzettel Hausbesitzer nicht Hausbesitzer nach § 16 der Städte-Ordnung sei. Der Gerichtshof bleibe bei seiner früher in einer anderen Rixdorfer Sache ausgesprochenen Ansicht, daß der geforderte Hausbesitz ein Recht am Ganzen sei, und ein Recht am Ganzen müsse auch der Riehbraucher im Sinne deselben Paragraphen haben. Eigentümer und Riehbraucher seien nun so verschieden von einander, daß man sie nicht addieren könne, um ein volles Eigentumsrecht heraus zu bekommen. Das Gesetz verlange einen „Eigentümer am Ganzen“ oder einen „Riehbraucher am Ganzen“. Es seien deshalb nicht nur Schneiders 109 Stimmen, sondern auch Kuhlmeßs 102 Stimmen mit Recht nicht gezählt worden und Widel mit 6 von 9 gültigen Stimmen für gewählt zu erklären.

Eine Anklage wegen Störung des Gottesdienstes gelangte gestern vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I gegen den 18jährigen Schüler Hermann Böhm zur Verhandlung. Am Abend des vorgestrigen Wochtags fand in der Kapelle auf dem Rudolfspitze Gottesdienst statt, dem nach Schluß desselben um 7 Uhr das Abendmahl folgte. Diese Handlung hatte soeben be-

gonnen, als die Thür, die den direkten Zugang von der Straße bis zum Orgelchor bildet, geöffnet wurde. Es klangen einige Accorde einer Mundharmonika in die Kirche hinein und dann rief eine Stimme rohe Worte in die Kapelle hinein. Oben neben der Orgel befand sich eine ganze Anzahl Gemeindeglieder, welche zu singen hatten. Der an der Treppe zunächst sitzende Schüler Lange konnte von dort aus den Eingang überblicken; er will den Angeklagten mit Bestimmtheit erkannt haben, die Treppe hinabgeeilte sein und noch gesehen haben, wie der die Straße hinabeilende Angeklagte um die Ecke bog. Lange blieb auch im Termine bei dieser Behauptung und betonte, daß ein Irrtum seinerseits ausgeschlossen sei. Andre Schüler traten auf, welche bezeugten, daß sie den Angeklagten zwar nicht gesehen, aber an seiner Stimme erkannt hätten. Der Angeklagte Böhm beteuerte unter Eid, daß ihm Unrecht geschehe. Er sei während des Wochtagsabends bei seiner Mutter in der Straße gewesen und habe die Straße gar nicht betreten. Seine Mutter, eine Frau, die einen glaubwürdigen Eindruck machte, bezeugte, daß ihr Sohn thatsächlich die Straße nicht verlassen habe, sie sei bereit, dies zu bezeugen. Staatsanwalt Kraut hielt es nicht für ausgeschlossen, daß der Zeuge Lange sich irre, auch das angelegliche Wiedererkennen seitens der übrigen jugendlichen Jungen an der Stimme könne unmöglich von Gewicht sein. Er beantragte deshalb ein freisprechendes Urteil. Der Verteidiger Rechtsanwalt Leopold Salomon trat dem Antrage des Staatsanwalts bei und der Gerichtshof erkannte demgemäß.

Auf Markthallenkassch beruhte eine Anklage wegen Gotteslästerung, welche gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I gegen die Witwe und Geschäftsführerin Emma Dama in Verhandlung wurde. Die Angeklagte, welche einen Stand in der Roabiter Markthalle inne hat, scheint eine wenig verträgliche Natur zu sein. Sehr häufig kommt es zwischen ihr und ihren Geschäftsinhabern zu Privatbeleidigungs-Klagen. Von einem solchen Termin kamen die Parteien auch am Mittag des 10. September vorigen Jahres. Nach der Markthalle zurückgekehrt, wurde dort der Fall noch einmal erörtert. Die Angeklagte soll dabei ihrer Gegnerin, nachdem diese gesagt hatte: „So lange es einen Gott im Himmel giebt, giebt es auch Gerechtigkeit“ in einer Weise erwidert haben, die eine Gotteslästerung enthielt. Die Angeklagte, welche vom Rechtsanwalt Bunge verteidigt wurde, behauptete, daß die Beleidigungszugabe ihr das Wort im Munde ungedrückt habe. Vom lieben Gott sei keine Rede gewesen, ihre Gegnerin habe gesagt: „Mein Wort gilt!“ und darauf habe die Angeklagte die beanstandete Äußerung gethan. Die Aussagen der Zeuginnen, lauter Markthallenfrauen, lauteten widersprechend, einige hatten die Äußerung so aufgefaßt wie die Angeklagte, andre wie die Beleidigungszugabe. Der Staatsanwalt kam zu einer für die Angeklagte ungünstigen Auffassung und beantragte gegen dieselbe zwei Wochen Gefängnis, der Verteidiger plädierte für Freisprechung. Der Gerichtshof erkannte im letzteren Sinne.

Die Verhandlung gegen den Kaufmann Bernhard Fröhlich in Sachen der Gründung der „Industrie-Aktien-Gesellschaft Richtenberg“ wird voranschreitend schon am Mittwoch zu Ende gehen, da auf die Verlesung der Aussagen von 50 kommissarisch vernommenen Zeugen verzichtet wurde. Der Verteidiger erkannte das, was diese Zeugen über ihre Geschäftsverbindung mit dem Angeklagten und den Umfang der von ihnen erteilten Aufträge sagen sollten, als wahr an. — Durch die Verhandlung ist übrigens ein soeben erst fertig gestelltes neues Sitzungszimmer eingeweiht worden. Es liegt abseits von den übrigen Sälen der Strafkammer im zweiten Stockwerk, wo die Staatsanwaltschaft ihre Geschäftsräume hat. Der Sitzungssaal, der in seiner ganzen Anstaltung vortrefflich von den übrigen absteht, ist dazu bestimmt, künftig die neu zu bildende 10. Strafkammer aufzunehmen.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 19. März 1902. Günstig warm, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit etwas Regen und lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Alter 1. 1. Kein 2. Riemand. 3. Keine. Woabit 1000. Erlaubnisse Sie sich in einer sachmännlich geleiteten Handlung danach oder bei einem Criminalologen.

Zeits. Belegte Mittel können nur ärztlich empfohlen werden. S. P. Adalbertstr. 99. Hof I. Wies näher erfahren Sie dort.

K. M. 1. Ja. 2. Nein. Nicht das Doktorexamen, sondern das Staats-examen befähigt zur Ausübung der Praxis. Den Doktorstitel braucht ein Arzt keineswegs zu erwerben. Ebenso steht es mit andern gelehrten Titeln: auch da ist der Doktortitel eben nur Titel. Unübersichtlicher müssen diesen Titel erworben haben. — C. S. 70. 1. Verloren, unbrauchbar geworden oder zerstückte Quittungsblätter sind durch neue zu ersetzen. Stellen Sie einen dahin gerichteten Antrag bei dem Polizeivertreter. 2. Das eigenhändig ge- und unterschriebene Testament ist gültig, wenn alle Formvorschriften beachtet sind. Es braucht nicht zur Aufbewahrung übergeben werden. Weisung für solche Testamente finden Sie S. 238, 239 Nr. 55-59 des dem Arbeiterrecht beigelegten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken an. — H. M. Schwarmdorf. 1. Ja. 2. Nein.

Wohrverordn. Reim. Die in Betracht kommenden Vorschriften enthalten die Polizeiverordnung über die an Schaufen- und Geschäftsräumen in Berlin zu stellenden polizeilichen Anforderungen vom 19. September 1901, die Verordnung vom 31. Oktober 1889 über Theaterräume und Versammlungsgelände und die Baupolizeiverordnung vom 15. August 1897. Danach müssen die Schaufen- und Schaufenlokalen eine der Größe des Lokals entsprechende Breite, mindestens 0,90 Meter, haben und nach außen auf-schlagen. Unmittelbar auf die Straße stehende Türen müssen so weit zu-schließen, daß sie, nach außen aufschlagend, nicht über die Donkhronn in den Bürgersteig vortreten. Für Versammlungsräume ist die Anzahl und Breite der Thüren nach dem Verhältnis der zulässigen Personenanzahl be-stimmt. Sind Sie im Zweifel, so thun Sie besser, halt allgemeiner An-fragen Ihren Fall speziell darzulegen. Es würde den Raum des Briefes bei weitem überreichen, wenn wir alle Einzelheiten anführen würden.

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Zimmerer. Berlin II. Am 17. d. M. verstarb unser Mit-glied, der Zimmerer

Hermann Jänicke. Die Beerdigung findet am Donnerst-ag, den 20. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihen-see, Falkenberg-Graussee, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 259/5 Der Vorstand.

Danksagung. Allen Freunden und Partei-genossen für die herzliche Teil-nahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes

Felix Wilkowski sowie für die reiche Kranzspende, den erhabenen Gesang des Gesangvereins „Viedesfreizeit“ und die Gedächtnisrede des Gewerks Regner meinen innigsten Dank. Witwe Maria Wilkowski und Kinder.

Danksagung. Allen Freunden und Bekannten, besonders dem Centralverein aller in der Huthausen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen für die rege Teil-nahme und Kranzspenden am Grabe meines lieben, zu früh verstorbenen Mannes Emil Menze, meinen herzlichsten Dank. 1288 Witwe Menze nebst Kind.

Danksagung. Dem Grabe zurückgekehrt, sage ich allen Teilnehmern bei der Beerdigung meines lieben Mannes und meines guten Vaters den herzlichsten Dank. Witwe Anna Breschke nebst Kindern. 26402

Arbeiter-Gesangverein „Morgenrot“ Köpenick. Am Sonntag, den 15. März cr., fand unter langjährigem Mitgliede Paul Krause.

Sein gutes und rechtliches Ver-halten zum Verein wird ihm seit ein gutes Andenken bewahrt. Die Beerdigung wird den Sanges-brüdern noch näher mitgeteilt werden. 65/3 Der Vorstand.

Café Schurig Rasse 10 Pf. Dresdenerstr. 128, 29.

3 Cäle Sonnabends und Sonntags im April frei. 3661L* Alexanderstr. 27c.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Wittwoch, den 19. März.
Cyrenhaus. Carmen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Faust. Anfang 7 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Der Probedeputat. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Vestung. Ueber den Woffern. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wochen. Gaspardone. Anf. 7 1/2 Uhr.
Wendens. Ein galanter Ritter. Vorher: Die Wiener in Paris. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Champereys Weiden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Recessionsbühne. Desles Ellenbrand Buntel Brett. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Buntel Theater (Niederbreitl). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Strindberg. Anfang 8 1/2 Uhr.
Trianon. Coralle u. Co. Anfang 8 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luise. Der Vorbier von Sevilla. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weis. Der Hüttenbesitzer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Die Hidermann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Kronville. Hierauf: Er. Anfang 7 1/2 Uhr.
Cyrenhaus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charibari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Wieropol. 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Wollo. Don Juan in der Hölle. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Pallage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Pasch. Spezialitäten-Vorstellung. Die Besessene. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Ihre Familie. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Pallage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theater um 8 Uhr):
Frühlingstage an der Riviera.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theater um 8 Uhr):
Frühlingstage an der Riviera.

Urania.
 Tauben-Strasse 48/49.
 Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.

Castans Panopticum
 Friedrich-Strasse 165.
Zwergin mit ihrem Kinde
 eine bisher in der Welt nicht dagewesene Schönwürdigkeit Mutter 80cm Tochter 60cm gross 32 Jahre alt. 9 Jahre alt.

Thalia-Theater.
 Dresdenstrasse 72/73.
 Täglich: Abends 7 1/2 Uhr:
Seine Kleine.
 Große Aufstuhlungsspiele mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
 Paula Worm a. G., Guido Thierscher, Gerda Wolbe, Helmerding, Paulin Müller, Wolf, Baumvoss. "Haben Sie nicht den kleinen Cohn gesehen?"

Metropol-Theater
 Thomas, Bender, Josephi.
'ne feine Nummer!
 Burleske Ausstattungsspiele mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund. Anfang 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet. Vom Palmsonntag, den 23. März, bis inkl. Ostermontag, 30. März, finden die letzten 7 Aufführungen der Ausstattungsspiele
'Ne feine Nummer
 im Theater des Westens statt. Während dieser Zeit im Metropol-Theater
Ensemble-Gastspiel des Opern-Theater d. Westens
 D'Andrade, Rothmühl, Biberti als Gäste.

Schall und Rauch (Kleines Theater)
 Unter den Linden 44.
 Mittwoch, 18. März, abds. 8 1/2 Uhr:
 Gastspiel von Emanuel Reicher.
Serenissimus - Zwischenstücke. - Frau des Andern. Bauernkummedi, Geschichten vom toten Rabbi, Abschiedsopfer.

Casino-Theater.
 Rothringstr. 37.
 Um 9 Uhr: **Ihre Familie**
 von Engels und Stinde.
Mit bedeutenden Gästen.
 Vorher das großartige Spezialitäten-Programm. Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance-Theater.
Die Dame aus Kronville.
 Schränt in 3 Akten u. Tanz in 3 Akten. Emil Sondernann u. G. Fred. Worms. Regie: Richter. Rosa Warten.
 Hierauf: **Er.** Lebensbild in 1 Akt.
 Abds. Partwig u. Leopold Thurner u. G. Sonntag nachmittags 5 Uhr: **Schubig.**

Palast-Theater (früher Feen-Palast)
 Burgstr. 22.
 Direktion R. Winkler u. W. Fröbel.
 Das erfolgreiche Spezialitäten-März-Programm!
 Heute neue Kunstkräfte.
 Bringos ausziehende Gunde. Theodor Lippart, der moderne ansässige Humorist. Bonetti u. Willy. Matad. am Lyra-Appar.
 Dazu: Um 8 1/2 Uhr:
Die Weilscheffe.
 Solistbild mit Gesang in 2 Akten von W. Gerde.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Billet-Vorverkauf v. 11-1 Uhr.

Reichshallen.
 Täglich:
Stettiner Sänger.
 Anfang Wochent. 8 Uhr
 Sonntag 7 Uhr.

Apollon-Theater.
 Die grossartigen
10 Spezialitäten.
 Der Kosmograph:
Prinz Heinrich
 in Amerika.
 Ferner:
Don Juan in der Hölle
 Kasseneröffnung 7 Uhr.
 Anfang 8 Uhr.

E. von Wolzogens
 Buntel Theater (Niederbreitl)
 Köpplikerstr. 68.
 Heute abnd 8 Uhr u. a.: "Matallontopf" (Offiziers-Humoreske). - "Norm-Parodie". Satirisches Schattenspiel. - **Bozenn Bradsky** u. **Oskar Strauss, Marcell Salsar** etc.

Trianon-Theater.
 Georgenstrasse,
 2 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr.
 Zum 115. Male: **Coralle & Co.**
 Anfang 8 Uhr. Parkett 2 M.

Passage-Theater.
 Anfang Sonntags 3 Uhr,
 Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Der kleine Cohn ist da!
 Burleske in einem Akt.
Der Bajazzo und sein Kind.
 18 erstklassige Spezialitäten 16

W. Noacks Theater.
 Brunnstrasse 16.
Zu der Heimat.
 Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
 Donnerstag: **Schützenlied.**

Sanssouci
 Kottbuserstr. 4 a.
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Säger
 Nach jeder Söire:
Tanzkränzen.
 Sonntag, den 23. März:
Der Kesselflicker.
 Charakterbild mit Gesang in 1 Akt.
 Palmsonntag: **Der Goldbauer** mit dem Berliner Schauspiel-Vorles.

Deutsche Konzerthallen.
 An der Spandauer Brücke 3.
 Grösst. Vergnügungsort Berlin
Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung
 Tägl. Anstich des „Urbock“
Bookbier-Jubel u. Trubel.
Ausschank:
 Berliner Bock-Brauerei.
 Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
 Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

Mittwoch, den 2. April:
 Schluss d. diesjährig. Saison.
Cirkus Alb. Schumann
 Mittwoch, den 19. März 1902, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Grande solrée equestre.
 Klöbendlich kürassierter Vorfah des sensationellen Märzprogramms. U. a.: Die phänomenale **Bycicle-Codesfahrt** des Amerikaners **Mr. Chester** aus einer Höhe von 36 Meter.
 Die Sensation des neuen Jahr-hunderts
? She ?
 Das lebende Rätsel. Vier Elemente. Freiwassige Licht-Effekte. Reiterin und Pferd in Feuer und Flammen.
L'écybre lumineuse. - Sol. Dora Schumann. Ropität: Pash-Ball. 12 Amerikanerinnen und 10 Herren. Stunt. neuen Einlagen.

Mephisto
 ca. 500 Mitwirkende. Romantisch-phantastische Aufstuhlungsspiele vom Hof-Balletmeister A. Siewe.

Cirkus Busch
 Mittwoch, 19. März, abends 7 1/2 Uhr:
 Große Vorstellung: **Klondike.**
 Orig.-Bantomime des Cirkus Busch. Die Prinz Heinrich-Fahrt nach Amerika

Elysium
 Landberger Allee 40-41.
 1. Hof Saal und Garten frei.
 Sonntagabend sowie Wochentags ist Saal und Garten mit Norddeutschen Sängern an Vereine bis 3000 Personen unentgeltlich zu vergeben.
 Jeden Sonntag Ball. 3652*

Dr. Simmel, Prizonstr. 59.
 Spezialarzt für 11/13* **Haut- und Halsleiden.**
 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4
Zähne W. 2 an
 beliebige Teilzahlung.
 Olga Jacobson, 146 Invalidenstr.

Centralverband der Maurer etc.

(Zahlstelle Berlin.)
 Am Freitag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Robert Schmidt** über: „Das Gewerkschafts-Gesetz“. 2. Beschäftigung über die Anschaffung einer Bibliothek. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Die Verbandsleitung. 137/6

Orts-Krankenkasse
 der **Bildhauer, Steinmetze**
 und verw. Gewerbe zu Berlin.
Bekanntmachung.
 Donnerstag, 27. März, ab. 8 1/2 Uhr, findet im Lokal **Kauestr. 16** eine ausserordentliche **General-Versammlung** statt. In Verbindung damit auch die **Tagungs-Ordnung:**
 1. Annahme des Geschäftsberichts pro 1901. 2. Bericht der Kassieren. 3. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern (Arbeitnehmer). 4. Beschäftigung über anderweitige Höhe der Beiträge und Steuergebühren nach den vom Herrn Oberpräsidenten für die Mitglieder unserer Kasse neu festgesetzten Durchschnittsbeträgen. 5. Erzielung geschäftlicher Angelegenheiten. 271/4
 Der Vorstand.
 J. K.: **Conrad Storch, Vorsitzender.**

Möbel.
 Bürgerliche Wohnungsbedürfnisse in guter Ausführung zu bill. Preisen. Auch Teilzahlung. 36303
103 Landsbergerstrasse 103.

Teilzahlung
 monatlich 10 Mk. liefert elegante **Herren-Garderobe**
 nach Maß, auch bar Kasse allerbilligste Preise. Herr. Garderobe frei vorräthig.
Tomprowski, Prinzenstr. 55. I.

30 Mark
 hochfeine Sommerpaletots.
30 Mark
 hochlegante Herrenanzüge.
 12 Mark hochlegante Beinkleider. Anfertigung nur nach Maß. Güter Stoff, taubellose Stg. 3616L*
14 Krausenstrasse 14, 1 Tr., Tel.-Amt I Nr. 3708, 1 Tr.
 Berlin. Filialen: Stettin, Schauffstr. 54. Magdeburg, 2. Belfortstr. 98. Hagen, 1. Tr. 3.

Mass-Anzüge
24 Mark und 30 Mark.
Paletots n. Mass 22 M.
 Bewunderungswert anzusehen, welchen Vorteil ich den werten Publikum bieten. Son reimmöbelen
Stoffresten
 liefere ich den besten Nach-Nutzen mit Anproben unter Garantie taubel-loser Stoffe zu obigen Preisen.
Engros-Resterhandlung,
 Chausseest. 51. 1 Tr.
 Belfortstr. 98. 1 Tr.

Steppdecken
 kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
B. Strohmandel, Berlin S. 72, Wallstr. 72, Rosenstrasse,
 wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. 3495*

Möbel
 Spiegel u. Polsterwaren
 nach zu solchen Preisen, empfiehlt
H. Strelow, Tischlermeister, Rixdorf, Richardstr. 116,
 am Denkmol.

Achtung, Gewerkschaften!
 Bureau f. Gewerkschaften, Krankentassen, mit sep. Eingang, f. billige u. veru. Dragonerstr. 15. 11615*

1901er Legehühner
 itel. Rasse, hellgelber Farbe, 17 Stk. mit Hahn 28.- Mk. 13 Stk. mit Hahn 22.- Mk. frisch und vollfrei, Garantie lebender Ankunft, liefert **Koller, Gutspäther in Wakassy, Post Jagelnic Nr. 101, Oest.**

Restaurant in Spandau
 gutgehend, Arbeiter-Verkehrslokal, mehrere Vereine, anderer Unternehmen halber sofort zu verkaufen.
Paul Kamke, Spandau, 30619* Bismarckstr. 6.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
 Donnerstag, den 20. März, abends 8 Uhr, im Englischen Garten (unterer Saal), Alexanderstrasse 27:
Branchenversammlung der Laden- und Comptoir-Einrichtungsbranche.
 Tages-Ordnung:
 1. Besprechung über die gegenwärtigen Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Branche. 2. Wahl von Mitgliedern zur Werkstätten-Kontrollkommission. Es ist Pflicht eines jeden in der Branche arbeitenden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.
 Die Bezirks-Obmänner. 81/4

Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.
 Freitag, den 21. März, nachmittags 5 1/2 Uhr, beim Kollegen **Wernau, Schwedterstrasse 23/24:**
Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Fortsetzung des Vortrages des Genossen **Zabell** über: „Hopfen und Malz“. 2. Diskussion. 3. Aufnahmen. 4. Die Flaschenfrage. 5. Vereinsangelegenheiten.
 Um zahlreiches Besuch ersucht
 Der Vorstand. J. K.: **Ferdinand Ewald.** 69/7

Verein der Bau-Anschläger
 Berlins und Umgegend.
 Am Donnerstag, den 20. März 1902, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7:
Außerordentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Fortsetzung der Tagesordnung vom Sonntag, den 2. März. 2. Berichtangelegenheiten. 3. Bericht des Mitglieds **Legitimiert.** 33/7

Am Donnerstag, den 20. März cr., abends 8 1/2 Uhr, spricht **Naturarzt Max Cantz** in Berlin N., Zwinemünderstrasse Nr. 42 (Hübner) über:
Nervosität
 (Schlaflosigkeit, nervöse Kopfschmerzen, nervöse Magen- und Herzleiden usw.)
 und ihre naturgemäße Behandlung und Heilung.
 Eintritt für Gäste 20 Pf., 63 Jahre ergebene ein 287/7
 Der Vorstand des Naturheilvereins **Charlottenburg-Berlin.**
 Geschäftsstelle für Berlin-N.: Brunnstrasse 104 bei **Andriegl.**

Wo amüsiert man sich grossartig?
 In Schönebergers Festsälen
 Inhaber: **Max Schindler**
 Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.
 Heute: **Großer Ball**
 verbunden mit Cigarren-, London-Regen und diversen Nebenveranstaltungen.
 Entree: **Mittwochs frei, Sonntags 15 Pf.**
 Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei. 2325*

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:
 Sonntags 5 Uhr. **Spezialitäten. J. M. Hütt.**
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung**

Die Flaschenbiere
 der **Brauerei Königstadt Act.-Ges.**
 Schönhauser-Allee 10 H. Telephon Amt 3 No. 676.
goldfarbiges Lagerbier
 Spezialität **hellfarbiges Pilsener Spezialität**
Königsbräu-Versand
 sind in anerkannt vorzüglicher Qualität in den meisten besseren Kolonial- und Delikatesswarenhandlungen zu haben.

Man verlange ausdrücklich: (14/14)
Die „Friedensspize“ resp. „Friedensspize“.
 Diefelben sind thätiglich die besten Mundspezialitäten der Welt. (Aroma bleibt vollständig erhalten, während jede Nikotin-gefahr ausgeschlossen.) D. R. P. 105 197. 5 gold. Medaillen. Ueber 100 Auszeichnungen (in allen Sorten und allen Preislagen.) In Dresden- und Cigarrenhandlungen erhältlich. Gutachten versendet gratis und franco
E. Landfried, Dresden, Postamt 16.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahn-ziehen 1 Mk. Plomben 1,50 Mk. Teilzahl. wochentl. 1 Mk. Zahnarzt Wolf, Pöppelstr. 130. Apr. 9-7.

Wer ein Cigarren-Geschäft eröffnen will, wende sich zuvor an **Adolf Adler, Belfortstrasse 25.** Verkauft nur an Cigarren-Händler und Grossisten. 3381L*

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. **M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenstr. 4, Hauptstrasse 143 am Kottbuser Thor. | Schöneberg.**
Anzüge nach Mass von 25 Mk. an

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16-17.
Ecke Leipzigerstraße.

Belle Alliancestr. 1-2.
Am Blücherplatz.

Gr. Frankfurter Str. 113.
Ecke Andreasstraße.

Gardinen Möbelstoffe Holzgalanterie

Gardinen 2 x Band Meter 20, 30 Pf.	Portieren mit Querstreifen Stück 85 Pf., 105 Mk.	Garderoben-Leisten Stück 28 Pf.
Gardinen abgepasst, 2 Shawls 175, 210 Mk.	Portieren farbige Bordüre Stück 175, 225 Mk.	Garderoben-Leisten mit 4 Metallhaken Stück 48 Pf.
Stores moderne Muster Stück 175, 250 Mk.	Portieren Jacquard-Bordüre Stück 275, 350 Mk.	Bauertisch Stück 210, 290 Mk.
Scheibengardinen 2 x Band Meter 20, 35 Pf.	Portieren-Garnitur 2 Shawls 1 Lambrequin 975 Mk.	Salon-Säulen Stück 210, 265 Mk.
Congressstoffe Meter . . . 38, 55 Pf.	Plüschportieren Garnitur 1275, 1675 Mk.	Schirmständer Stück 195 Mk.
Cöpervorhänge 2 Shawls 225 rot oder 375 altgold Mk.	Divandecken Stück 585, 775 Mk.	Serviertisch mit Griff Stück 725 Mk.
Möbelcattun hübsche Muster Meter 28, 35, 45 Pf.	Fantasie-Möbelstoffe Mr. 95 Pf., 165 Mk.	Schlüsselhalter (Schlüsselform) 58 Pf.
Gardinenstangen St. 27, 48, 55 Pf.	Pomponfranze Mr. 13, 19, 23 Pf.	Wandbild (Der lustige Ehemann) (Haselnuss) Stück 95 Pf.
Gardinenrosetten St. 10, 15, 23 Pf.	Portierenstangen Garnitur 200, 300 Mk.	Kinderwagen Stück 14 00, 16 50 Mk.
Fusskissen Stück 1 45 Mk.	Wachstuch-Tischläufer ca. 125 cm lang Stück 85 Pf.	Vogelbauerständer St. 250, 350 Mk.
Läuferstoffe Meter 35, 50, 60 Pf.	Tülldecken Stück 5 Pf.	Vogelbauer Holzgestell mit Glasscheiben St. 190, 245 Mk.

Kinoleum ca. 65 cm breit Meter 75 Pf.	Paneele	Nussbaum- ca. 100 125 150 cm
		farbig gebeizt verzierte Rückwand. Stück 2 90, 4 25, 5 25 Mk.

Möbel Bartsch.

Wem wäre die Möbelfabrik für bürgerliche Wohnungseinrichtungen Moritzplatz, nicht bekannt? Grösste Auswahl in meinem extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlenswerte Einkaufsquelle für **Brautleute**. Solide und gediegene Einrichtungen für **200-300-400-500 bis 10000 Mk.** stets zur Ansicht vorrätig. Verlangen Sie meinen **Prachtkatalog** gratis und franko. Coulaute Zahlungsbedingungen. **Kein Ladengeschäft.** Verkauf direkt im Fabrikgebäude, Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigene Gespanne. Gegründet 1889. **3537L.**

Rudolf Bartsch, Oranienstrasse 73, zwischen Alexandrinenstrasse und Moritzplatz.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Borbiergeschäft, erfindungsbildig (Markt 550), sofort veräußert. Paefche, Berlin O., Kronprinzenstraße 50. *

Federhandlung mit Sappere, keine Konkurrenz, in Friedberg H. W. verkauft sofort Paul Niedrandl. *

Landparzellen, gesunde Lage, kein Bauzwang, 600 Mark, günstige Zahlungsbedingungen, verkauft die Hausvermittlung Brunnenstraße 151.

Ferrenanzüge, Paletots, elegante Ausführung, geringe Teilzahlung, Burgberg, Landbergerstraße 13. *

Annenanzüge (spottbillig), 3 Mark, 4,00, 5,00, Ankeranzüge enorme Auswahl, Ankerhosen, Ankeranzüge in Sammet spottbillig. Der billige Hofenberg, Rottbuscherdamm 93. 1041R *

Einführungsgeschäfte, fertig und nach Maß, von 9,50 Mark an, Burschenanzüge 8-12, Burschenhosen spottbillig. Der billige Hofenberg, Rottbuscherdamm 93.

Einführungsgeschäfte, fertig, per Stück 11,00, elegant, Mädchenkleider, Mädchenanzüge für jedes Alter spottbillig. Der billige Hofenberg, Rottbuscherdamm 93.

Waisenhaus, Damenanzüge 4,50, 5,50, 8,00, 10 Mark, Kostümzüge 3,00, 4,50, 8,50, elegante Ausführung, Kleideranzüge, Der billige Hofenberg, Rottbuscherdamm 93.

Hofenbergs Federhandlung, Kostümhosen in Cover-Coat, Gompone, Reste zu Herrenanzügen, Reste zu Ankeranzügen, Capesstoffe, Reste zu Kinderanzügen in Sammet, Seide, Wäsche, Knöpfe, alles in enormer Auswahl spottbillig. Aufschnitt gratis. Hofenberg, Rottbuscherdamm 93.

Wäsche, Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Dittschel, Compotoir Rottbuscherdamm 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet. (985R)

Teppiche, gute Qualität, keine Webfehler, alle Größen, spottbillig. Fritz Stoehr, Münzstraße 17. *

Teppiche (sehrschöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Sühm, Badische Straße 4, Bahnhof Seite. 1117*

Ruhbaumöbel und Küchen-einrichtung (spottbillig) Gartenstraße Nr. 148, I links, Vorderhand. (1137*

Vorjährige elegante Herren-Anzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Samstag und Sonntag. Verhandlungsbüro Germania, Unter den Linden 21. II.

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontoirhosen, Regulatoren, spottbillig, Verkauft in Rottbuscherdamm 93. (1074R) *

Große Betten, 11 Mark an, echt chinesische Mandarinenboudoirs Pfund 1,90. Fabriklager Landberger Allee Nr. 37, I. 940R *

Möbelmagazin liefert Möbel, Teppiche, Gardinen auf Teilzahlung unter sehr günstigen Bedingungen. Abzahlungen auf Jahre hinaus verteilt. Meyer, Invalidenstr. 38, an der Hauptstraße. 1160B

Möbelstücke laufen zu Kreditpreisen ganze Einrichtungen sowie einzelne Möbel. Säulenpöde, Aufschluppe 28. Trumeau geschliffen, Aufschluppe 40, Salonarmaturen, Schlafsofa 28, Rückenstuhl, kleine Kastenwahl. Hirschowitz, Mariannenstr. 7a. 1074R *

Möbel auf Teilzahlung, Teichmann, Prinzenstraße 62. 1212

Möbelverkauf, neue und gebrauchte. Römer, Sebastianstr. 81.

Tennistennis Möbelfabrik, Oranienstraße 173, am Oranienplatz. Diese feine geschmackvolle Einrichtung von 200, 300, elegant von 400 bis 5000, zum Beispiel Aufschluppe, Vertikal 45,00, Herrenschreibtisch 58,00, Tischchen 28,00, Trumeau 48,00, Buffet 140, Aufschluppe, Ritrage 48,00, Ruhebett 30,00, Spiegel 26. Verleihen und zurückgeleitet billig. Auch Teilzahlung. 1057K *

Möbel, mehrere Zimmer, müssen bis April verkauft werden. Mühlhofs, 35,00, Aufschluppe, Aufschluppe 26,00, Spiegel 10,00, Waschtisch 16,00, Saucenbrett 30,00, Aufschluppe, einfache Bestellen, Paneele, Sofa, Säulenpöde, Tisch, neue Hochühle 3,00, Teppiche, Deckenmatten, mehrerer Gartenstraße 148 I links, Vorderhand. (1137)

Teppiche mit Bordenseiten, Kabineneinrichtung Große Frankfurterstraße 9, parterre. (137)

Pianino, Schwedisch, wenig gebraucht, sofort, billig veräußert. Ritterstraße 120 I beim Witt. 11/12 *

Schneidemaschine (Wolff) 25 Mark, große Babewanne, billig, verkauft Gröber, Weinbergsweg 11b, Quergebäude III. (100)

Nähmaschinen, preiswerte Bergschneiderei, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort. Postkarte genügt. Landbergerstraße 82. Köpenickerstraße 180.

Restaurations zu verkaufen, Rottbuscherstraße 40. 1187B *

Abertandem, Wandertandem, Styratandem spottbillig. Schädel, Schindler 8. 1421 *

Fahrräder, billige Bezugsquelle, Reparaturwerkstatt. Feinze, Pradenstraße 6b. 1059R *

Haarfarbmittel, unübertroffen, aberzeugungsreicher fünfzig Pfennig. Probenflaschen, Charlottenstraße 3. *

Steppdecken billig, Hadrit Große Frankfurterstraße 9, parterre. (137)

Wagenanzugwahl, Kanarienvoller, fröhliche Jungweibchen, Hecksche 1,50, Buchstaben, Hänfling, Hecksche, Richter, Oranienstraße 87. 1200B *

Grüntanzgeschäft veräußert, Friedrichstraße 16. 14/12 *

Kanarienvoller, Suchweibchen, billig, Schindlerstraße 31. 14/16 *

Hecksche 2,00, Steigly, Zeitung 2,00, Hänfling 1,75, Buchstabe 1,00, Grünhänfling 0,75, graue Hänfling 0,50, verkauft Waldemarstraße 33, II links.

Cigarren-Einrichtung zu verkaufen, 2 Regale, 2 Vordentische, 4 Schieber, Bunt, Glasfasen, Cigarrenanzünder, für 200 Mark, Büttelstraße 19. 1289B *

Wagen neue erhaltene Herren- und Damen-Fahrräder von der kleinste bis zur größten Ueberlegung, Stück nur 85,00, zum Ausleihen mit Garantiechein. Gebrauchte in jeder Verhältnisse. Beschäftigung auch Nichtfahrer gestattet. Tackert, Bernauerstraße 21. 1300B

Kassenlokal nach Restaurant zum Verkauf, Wendenstraße 3, am Götter-Beckhof. 1297B

Umständlicher neuer Bett (privat) Raumstraße 52, I links. 1290B

Parteienoffen bietet sich Gelegenheit, Möbel und Kücheneinrichtung, auch einzeln, preiswert sofort zu erwerben, wegen Todesfall meiner Frau. Zu erfragen beim Corrier Berlin W., Bayreutherstraße 18. 1073R

Gilfe im Rechtsbureau, Krogen, Gewerbeschaden, Unfall, Invalidität, Steuerfachen, Rat in Civil- und Strafsachen, gewissenhaft, billig. Vertretungen Amtsgericht I und II. - Ueberlegungen. George, Redacteur, Fiedlerstraße 2, Spreehunden 1 bis 9 abends. 1051R *

Rechtsbureau Fiedler, Andreasstraße dreizehnzig. Rechtsfälle, Materieteilung. 1277B *

Unfallfachen, Krogen, Eingaben, Reclamationen Puffer, Steglitzerstraße 65. 810B

Unfall Zahnleben, Brunnenstraße 42. Jährlich 9000 verschiedene Patienten. Dr. dental surgery Fiedler. 441B

Kunstoperier von Frau Kofstos, Steinwegstraße 48, Quergebäude hochparterre. 1299B

Achtung! Jeder Käufer erhält auf 1 Pfund Margarine, Kaffee oder Kakao ein Geschenk zu Müllerstraße 12, Ecke Lindowstraße. 1090R *

Widertreibung! Wer sich über diese nutzlose Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Widertreibung, welche unentgeltlich verendet werden vom Verein für die Arbeitervereine über Widertreibung best. werden. Am gültigen Abdruck wird gebeten. 161B *

Meyerlexikon, Brockhaus und alle andere Bücher kauft, beleiht Homemann, Kochstraße 56, I. Unt VI. 3367. 1037R *

Kaufvermittlung, Rente 5,00, Sofa 6,00, Koffer, Neue Königstraße 2. 1221B

Achtung! Empfehle meine Restauration zur freundlichen Benutzung. Vereinszimmer mit Piano noch einige Tage in der Woche frei. Paul Robus, Andreasstraße 33. (981R) *

Zahl mit großer Theaterbühne und Garten verschiedene Sonnendeckel frei. Große Frankfurterstraße 74, I. Mai frei. 953B *

Säle zu Hochzeiten und Festlichkeiten, 80, 100 bis 500 Personen fassend, Bernau, Schwedterstraße 23/24.

Zwei Vereinszimmer, passend für Festlichkeiten. Finzer, Dredenerstraße 28. 1221

Kanarienvogel kauft Konopla, Schindlerstraße 31. 14/16

Möbel Aufpolieren billig, Triumpfpolitur! Erbitte vertrauensvoll Bestauferte: Polstermeister Eckert, Neue Schönhauserstraße 15. 1272B

Vereinszimmer für 40 Personen noch einige Tage frei. Ledebor, Romanbantenstraße 65. 979R *

75 Pfennige! Eingabengeld, Steuerberatung, Strafsachen, Ehescheidungs-, Interventions-, Beleibigungs-, Inventarfragen, Unfallfachen, Zahlungsbefehle, Materieteilung, Wulfov, Schallerstraße 141. Abends geöffnet. 1298B

Steuerberatung! Ehescheidungs-, Interventions-, Unfallfachen! Stelungsbefehle, Materieteilungen! Eingabengeld. Vintenstraße 36. 142/3

Goldfäden, Silber, Platin, Zahngebisse kauft Schweizerer Brunnenstraße 137. 1299B

Anfertigung eleganter Herren-garderobe. Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstraße zwanzig. 1294B

Volkskünstler Dörrsch u. Holz Oberleitertage frei. Raumstraße 89. 1201R *

Stellenangebote.

Maschinenführer, tüchtigen, 36,00 Lohn, verlangt R. Wagner, Bergstraße 40. 1292B

Dirigent für Gesangsverein Wittwachs 9-11, verlangt Pappel-Allee 19.

Kanarienvoller, Kolladen, Arbeiterin verlangt Wegstraße 18 parterre. 1292B

Kinderlose Leute suchen junges Mädchen für kleinen Haushalt, Kummelsburg, Schillerstraße 21, parterre links. 1075R

Dienstmädchen verlangt Hebrautten Gaele, Sophienstraße 11, 70 Thaler. (100)

Barock Berggoldbetinnen verlangt Rottbuscherdamm 100. 1298B

Karton Arbeiterinnen verlangt Guban Grane, C., Grünstraße 17/18. *

Lehrmädchen auf Aufgeben bei sofortigem Gehalt werden verlangt Ehrlich u. Co., Badstraße 57. (819B)

Zu Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorzuheben Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

Achtung! Achtung!

Modelltischler!

Von der Union, Elektrizitäts-Gesellschaft, Roabit, sowie von der Firma Ludwig Löwe, Maschinenbau, Eckert, Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, Friedrichberg, und Schrepp, Berliner Modellfabrik, Robertus Allee, Jachmann, Eisengießerei, verlängerte Huttenstraße, sind sämtliche Modelltischler ausgespart. Den Modelltischler Kurzhals, Oranienstr. 25, Dietrich, Schaefferstraße 52, und Garbe, Borsdorferstraße 30, sind Aufträge aus der Union zugegangen.

Zuzug fernhalten!